

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

*Europa brennt!*

2

*Auf Geheimpfaden zur EU-Unterwerfung?*

13

*Die Nachhaltigkeits-Initiative – ein Muss*

14



Europa brennt!

# Aber nicht wegen des Klimas

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Eine Orgie der Gewalt und Zerstörung fegt über Frankreichs Städte hinweg. Die afroarabische Jugend der sogenannten Banlieus (Aussenbezirke) organisiert sich via soziale Medien des Internets und brennt nieder, plündert, zerstört. Szenen des Infernos von Dante Alighieri spielen sich ab, ob in der Hauptstadt Paris oder im provinziellen Montpellier. Frankreich ist fest im Griff einer ethnischen Revolution.



Je grösser die Dichte an afroarabischen Migranten, desto grösser die Zerstörungen – eine äusserst einfache mathematische Gleichung. Brüssel, die stark islamisierte Hauptstadt der EU-Verwaltung wird ebenfalls heimgesucht von der neuen Version der biblischen Heuschreckenplage. Sogar die Schweiz erlebt ein Novum.

Auch in Lausanne kommt es zu Plünderungen durch Jugendliche aus dem Magreb.

## Keine Integration

Man stelle sich vor. Diese Leute sind alle in Europa auf die Welt gekommen, gehen hier zur Schule, und insbesondere jene in Frankreich haben alle die französische Staatsbürgerschaft. Die allermeisten von ihnen leben von den Sozialzuwendungen des Staates an ihre Eltern und Grossfamilien.

Doch sie hassen Frankreich bis ins Knochenmark. Sie fühlen sich genial beim Anzünden von öffentlichen Gebäuden – Schulen, Bibliotheken, Rathäusern –, von Autobussen und Lastwagen sowie Autos der weissen Nachbarn. Dabei geben sie kollektive Laute von sich, die stark an den Film «Planet der Affen» erinnern. Zurück nach Afrika möchten diese Leute jedoch nie – denn dort würde ihnen der Staatsapparat, gelinde gesagt, den Arsch eintreten.

## Parallelgesellschaften

Das Problem ist bekannt. Es ist jedoch politisch nicht korrekt, es beim Namen zu nennen. Der Islam prägt solche Jugendlichen von Kindesbeinen an. Es ist derselbe Islam, der Ungläubige und Frauen auf die gesellschaftliche Stufe von Schweinen stellt, die Macht über die ganze Welt mittels Gewalt anstrebt (Dschihad), das Anlügen der Ungläubigen zum Wohl von Allah erlaubt und sogar einen Begriff dafür prägte (Taqiyah). Solche Kinder werden keinen Respekt haben vor westlichen Institutionen und Gesellschaften, weil sie in der Familie nicht dafür erzogen wurden.

Auf die Frage, wie islamische Jugendliche in Deutschland besser integriert werden könnten, antwortete der islamkritische ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samid mit dem höchst interessanten Satz: «Der Islam möchte sich nicht integrieren, weil Integration bedeutet, ein Teil von etwas zu sein. Der Islam möchte nicht ein Teil von etwas sein, er möchte alles sein, von oben beherrschen.»

## Feminismus und Genderkult

Wir leben bekanntlich in einem zum Extremen gebrachten, vom aggressiven Feminismus geprägten, Genderkult, in dem schlussendlich unsere Geburtenraten tief abstürzen. Die Demographie westlicher Länder kennt nun seit Jahren nur einen Weg – den nach unten. Dies bringt linke und sogar bürgerliche Politiker auf obskure Hintergedanken, den Bevölkerungsschwund mittels dem Import von Menschen aus den bevölkerungsreichen Ländern der Welt auszugleichen. Dafür bieten sich insbesondere Afrika und der Nahe Osten an.



**innova**  
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG  
Lindenhofstrasse 8a  
9630 Wattwil  
**+41 71 988 22 00**  
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik





Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Fataler Irrtum. Man würde lieber gleich in Marokko produzieren. Es klappt übrigens vorzüglich dort. Warum? Weil der Stiefel des Polizeistaates die Leute in Schach hält und der König bekanntlich ein direkter Abgesandter von Allah ist.

### Demographie und Geschichte

Die Iberische Halbinsel wurde bekanntlich von den Mauren erobert. Die christlichen verfeindeten kleinen Königreiche (Westgoten) holten sie als Söldner und angebliche Verbündete ins Land. Auch ein fataler Fehler. 900 Jahre lang mussten die Christen unter den Arabern als Sklaven dienen. Wer aufbegehrte, wurde ans Messer geliefert, das war der Zauber des viel gepriesenen Al-Andalus. Und nun die Pointe: Erst als die verarmten Christen wieder die demographische Oberhand hatten, gelang schlussendlich die Rückeroberung der iberischen Halbinsel. Die Araber hatten es sich sehr bequem gemacht im schönen Spanien und waren dermassen verfettet und dekadent, dass sie viel weniger Kinder zeugten als die stoischen Landarbeiter aus der kargen Hochebene Spaniens. Das war's dann. Was lernen wir daraus?

Im Laufe der Geschichte konnte Europa nur aufgrund seiner demographischen Stärke koloniale Politik betreiben und einen demographischen Imperialismus

## LACHEN VERBOTEN!



«Die Schülerinnen und Schüler können Formen des Unterwegs-Seins von Menschen, Gütern und Nachrichten erkunden sowie Nutzen und Folgen des Unterwegs-Seins für Mensch und Umwelt abschätzen».

«Kompetenz», die sich die Schüler gemäss «Lehrplan 21» aneignen sollen.

ausüben. Erst die europäische Massenmigration ermöglichte es, die amerikanischen Kolonien wirtschaftlich zu betreiben. Man braucht kein Historiker zu sein, um zu erkennen, dass sich das Blatt nun gewendet hat. Wir sind diejenigen, die daran sind, kolonisiert zu werden.

Das äusserst Stupide daran? Wir sind so einfältig, dass wir unseren Kolonisatoren den Lebensunterhalt bezahlen und per Familiennachzug uns gleich den demographischen Todesstoss versetzen.

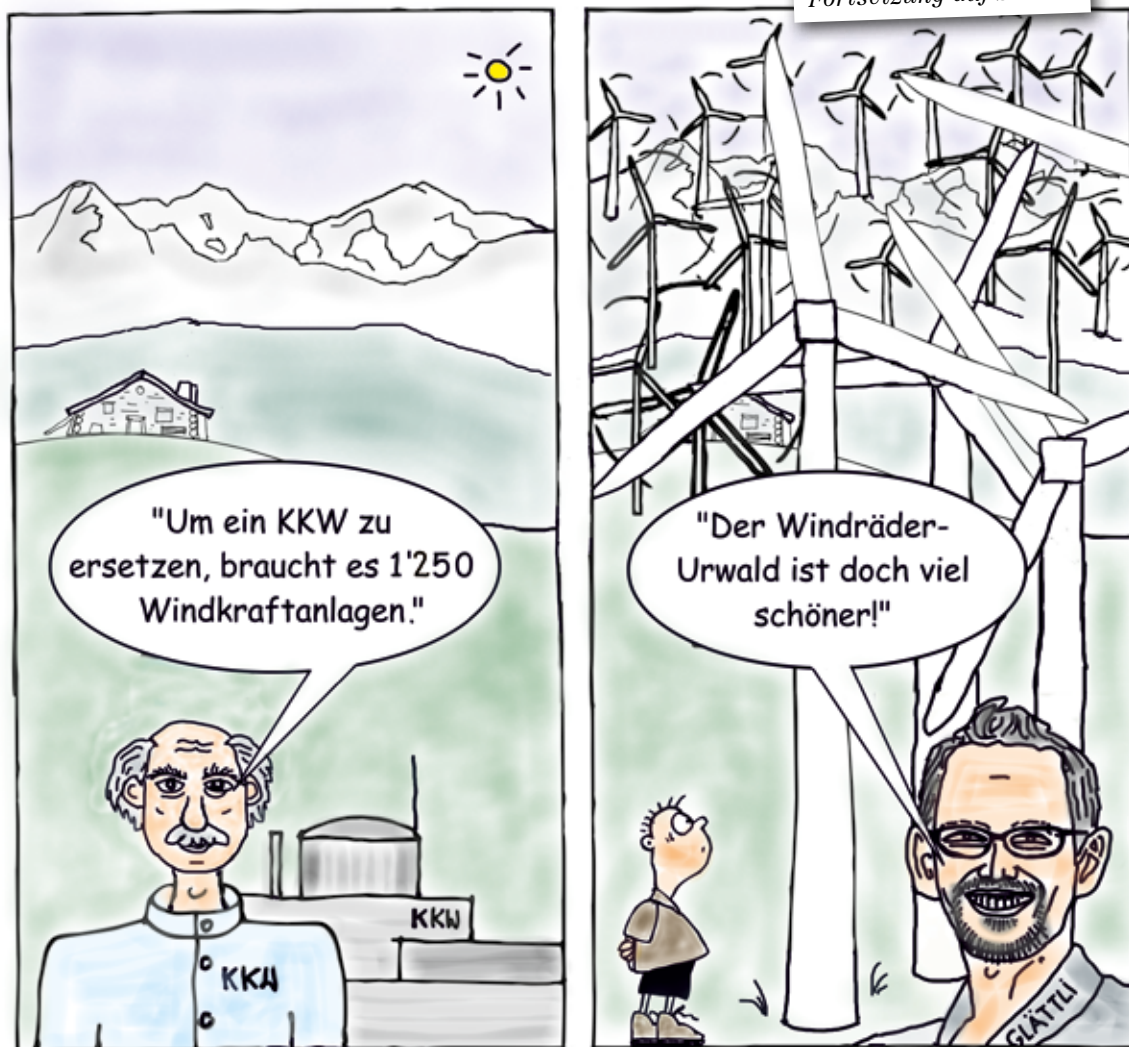
### Eurabien

Die verstorbene italienische Journalistin Oriana Fallaci antizipierte vieles, was momentan geschieht. Sie

Fortsetzung auf Seite 4

### Ohne Worte

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl



prägte in den Siebzigerjahren den Begriff «Eurabien». Ein von einer demographischen Mehrheit von Afroarabern dominiertes Europa. Ein Europa, dessen Werte mit der Zeit von einer islamischen Kultur auf ein Minimum abgeschliffen wurden.

Viele einheimische Franzosen fragen sich: Warum lässt Präsident Macron aufgrund derart massiver bürgerkriegsähnlicher Vorfälle nicht die Armee aufmarschieren und den Ausnahmezustand erklären? Nun, fast 36 Prozent der französischen Armeeangehörigen sind Berufssoldaten mit islamischem Hintergrund. Muslime schießen nicht auf Muslime, wenn sie von Ungläubigen befohlen werden, und sicher nicht im Kontext eines ethnischen Aufstandes. Dem zusätzlichen Risiko einer Meuterei von Teilen der Armee kann sich Macron unmöglich aussetzen, es wäre das definitive Ende Frankreichs. Deshalb bleibt die Armee in den Kasernen, trotz Briefen und Protesten von (pensionierten) Generälen.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns mit den publizierten Bildern der Schweizer Armee beschäftigen, welche Schweizer Soldaten islamischen Glaubens im Gebet Richtung Mekka zeigen – gleich neben der Bataillons-Standarte. Ist auch dies ein weiterer Beweis, dass nun alle Staaten in Europa, auch die Schweiz, Richtung Eurabien mutieren?

### Fragen über Fragen

Stellvertretend für meine beiden Töchter frage ich mich oft, ob unsere westlichen liberalen Werte, basierend auf dem Christentum und der Aufklärung, dem Ansturm von Migrant\*innen aus dem dunklen, ideologischen Mittelalter werden standhalten können.

Zuerst sollten wir diese unsere Werte genau definieren. Nach dem Holocaust sind wir Europäer, zurecht, sehr vorsichtig geworden. Wir haben aufgehört, unsere Werte als moralisch höher stehend über andere Werte aus anderen Kulturkreisen zu betrachten. Unser biblisches Sendungsbewusstsein, unseren zivilisatorischen Glauben, der auf christlichen Werten fusste, haben wir gegen universelle Werte und Rechte des Individuums eingetauscht, welche in internationalen Verträgen ratifiziert wurden. Aber welches Kind, welcher Jugendliche kennt beispielsweise die Uno-Menschenrechtscharta und ihren Inhalt?

### Die Zeit wird knapp

So knapp wie die Landreserven der Schweiz sind, so knapp bleibt uns Zeit, um die eskalierende Situation der Massenmigration zu stoppen. Länder wie Polen und Ungarn haben verstanden, dass eine sehr restriktive Haltung gegenüber der masslosen Zuwanderung dringend notwendig ist. Ebenso fördern sie die einheimische Geburtenrate mit finanziellen und kulturellen

**PORSCHE & MERCEDES  
OLDTIMER SPEZIALIST IM RAUM ZÜRICH**

**VERKAUF | SCHÄTZUNGEN  
REPARATUR | SERVICE | RESTAURATION**



**SWISS-CLASSIC-CAR.CH  
Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44**



Anreizen. Beides fehlt in der Schweiz vollkommen. Mit der neuen Bundesrätin Baume-Schneider haben wir uns ausserdem eine Verantwortliche ins Boot geholt, deren Naivität einen zur schieren Verzweiflung bringt.

Es ist daher dringend notwendig, die neue Initiative der Schweizerischen Volkspartei gegen Massenmigration («Nachhaltigkeits-Initiative») mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Wir sind sozusagen die letzte Bastion vor der Flut, seien wir uns dessen bewusst!

Isabel Villalon



**Das Büro Ha deckt auf!**

**Wahrheits-Ministerium.** Ausgerechnet die Bundeskanzlei, welche die Stimmbürger schon x-mal angelogen hat, will sich als Wahrheits-Ministerium aufspielen. Bei der Vorlage zu Schengen/Dublin wurde im Abstimmungsbüchlein behauptet, das würde jährlich 7,4 Millionen Franken kosten. Tatsächlich sind die Kosten schon kurz darauf 14 mal höher gewesen. Es wurde damals versprochen, es werde viel weniger Asylsuchende in der Schweiz geben, weil ja Asylbewerber fast immer aus sicheren Drittstaaten kämen, so dass man sie zurückschicken könne. Tatsächlich kommen immer mehr, das Asylwesen kostet jährlich allein auf Bundesebene mittlerweile über vier Milliarden Franken.

\*

**Ohne Verstand.** Seid ihr noch bei Verstand? Soldaten müssen Kasernen verlassen und in Zivilschutz-Anlagen «wohnen». Rekrutenschulen sollen im Herbst ausgesetzt werden, damit die «Schutzbedürftigen» genügend Platz haben. Asylanten haben auf fünf Container einen Sanitärcontainer. Soldaten hausen in Behelfsunterkünften und müssen einen Fussmarsch absolvieren, um die nächste Dusche im Schulhaus gnädigerweise benutzen zu können. Seid ihr noch normal in Bern? Eidgenossen, denkt an diese Ungerechtigkeiten im Wahlherbst!

Tis Hagmann

## Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

### Markus Rezzonico

**Inserate-Akquise**  
SVP-Delegierter  
Pro Schweiz-Mitglied  
Pro Libertate-Mitglied  
PIKOM-Mitglied

**Mobile: 079 332 61 61**  
[markus.rezzonico@dietschi.ch](mailto:markus.rezzonico@dietschi.ch)

## Hetze? – Hetze!



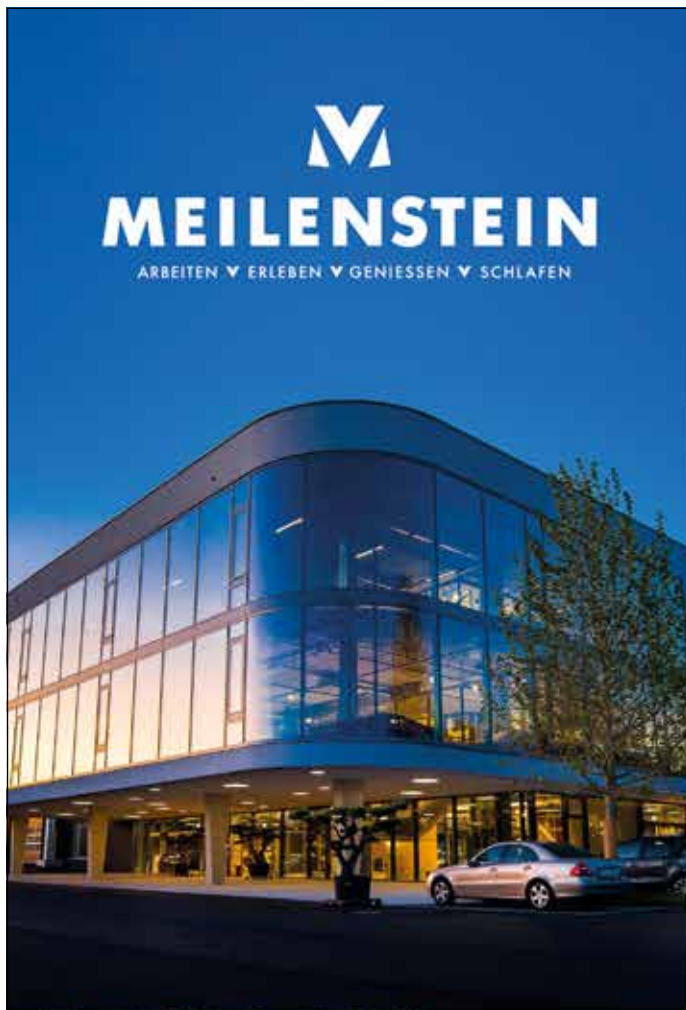
Als zum letzten Jahreswechsel in den Eintopf-Medien die obligaten Endjahr-Betrachtungen erschienen, rangen sich einige Kommentatoren sogar dazu durch, die seit Jahren anhaltende, seit Corona wieder markant zunehmende Masseneinwanderung immerhin als ungelöstes oder gar als dringend anzupackendes Problem zu werten. Irgend welche Folgen zeitigten ihre Feststellungen freilich nicht. Dass sie überhaupt geäussert wurden, konnte man schon fast als Sensation verbuchen.

Heute indessen, ein halbes Jahr nach den medialen Ergüssen, da die einzige Partei, welche die Masseneinwanderung nicht bloss anspricht, vielmehr – so wie es Volk und Stände bereits 2014 verlangt haben – konkret anpackt, fallen all die Eintopf-Medien zurück in den altbekannten Trott abschätziger, billiger, nichtswürdiger Schmähung und Diffamierung jener, welche die unhaltbare Masseneinwanderung endlich unterbinden wollen. Der Diffamierungsstil der Medienmacher wird dabei immer primitiver: Weil der SVP-Präsident Tessiner ist, glauben sie ihn dreckig verlachen zu können, weil er manchmal – selten, aber die seltenen Gelegenheiten sind für die Schmäh-Bande gefundenes Fressen – den deutschen Ausdruck zu dem, was er denkt, tatsächlich eine oder zwei Sekunden lang suchen muss. Wenn er indessen in seiner Tessiner Muttersprache (die vielen hochnäsigen Medienkoryphäen fremd zu sein scheint) den weit verbreiteten Zorn auf die Nichtstuer in Sachen Masseneinwanderung lebhaft und packend zum Ausdruck bringt und die Schuldigen an der bedrohlich zunehmenden Ausländerkriminalität, an den aus allen Nähten platzenden Spitälern, an den explodierenden Sozialhilfekosten, am vor dem Ausländerproblem in den Agglomerationen zusammenbrechenden Schulunterricht, am in Stau und Gedränge kollabierenden privaten und öffentlichen Verkehr, an den sprunghaft steigenden Mieten laut und deutlich beim Namen nennt – dafür muss er sich von den Nichtstuern an ihren Schreibtischen dann als «Hetzer» abqualifizieren lassen.

Ja, Hetze findet statt in der Schweiz. Hetze aus Medienspalten gegen jene, welche die unser Land und seine Institutionen zerstörende Masseneinwanderung nicht länger hinnehmen wollen. Die darauf vielmehr mit konkreten Eindämmungstaten antworten. Diese Macher sind das Ziel der Hetze. Und die Hetzer: Das sind die Windhund-Journalisten in den Eintopf-Medien.

Ulrich Schliuer

Spalte  
rechts



# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Rammstein als Täter?

# Warum ich den Sex-Opfern nicht glaube

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Rammstein, eine erfolgreiche deutsche Rockband, soll Dutzende Frauen sexuell missbraucht haben. Bis Beweise vorliegen, glaube ich nichts davon, zum Schutz der echten Opfer.



Rammsteins Konzerte wirken, als hätte man Leni Riefenstahl ein Geschwader mit Napalm-Bomben gegeben. Die Band steht deshalb zu Unrecht unter Nazi-Verdacht. Nun wurden Vorwürfe laut, der Frontman der Superstars habe gezielt Frauen rekrutiert, mit Drogen gefügig gemacht und missbraucht.

## «Fick mich»-Plakate

Ob man den Opfern nicht glaube, fragten die eilends ausgeschwärmten Fernsehteams. Sollte der Sänger Till Lindemann tatsächlich Frauen unter Drogen gesetzt und missbraucht haben, so gehört er ins Gefängnis. Aber kann es sein, dass an der Sache nichts dran ist? Es ist nicht verboten, mit «Groupies» Sex zu haben. Und wer in der vordersten Konzertreihe ein «Fick mich»-Plakat hochhält und seine Brüste entblösst, der erwartet wohl kaum, dass die Rocker auf der Backstage-Party einen Jass klopfen wollen. Meine bescheidene Erfahrung als Rechtsanwalt hat mich zudem sehr vorsichtig werden lassen, wenn «Opfer» erzählen, sie seien sexuell missbraucht worden.

## Vorsicht bei Missbrauch

In der Mehrzahl der Fälle, welche ich erlebt habe, war das eindeutig nicht so. Da war z.B. Jennifer F. (die Namen und die Umstände sind verfremdet, es handelt sich aber um echte Fälle). Die minderjährige Schülerin hatte Strafanzeige wegen sexueller Handlungen erstattet. Bei der polizeilichen Befragung wusste sie dann aber nicht mehr, wann das geschehen sei und wollte auch nicht aussagen. Ja, sie habe dem «Täter» ein Nacktbild geschickt und mit ihm Telefonsex gehabt. Schliesslich kam heraus, dass sie ihrem Freund mit der Anzeige einen halben Seitensprung hatte verheimlichen wollen. In einem weiteren Fall hatte die junge Seraina T. angegeben, sie sei in einer Waldhütte sexuell belästigt worden.

## Sex unter Schülern

Die detaillierten Schilderungen des angeblichen Missbrauchs stürzten den beschuldigten Lehrling in eine tiefe Krise. Von dieser erholte er sich erst, als herauskam, dass sich das Mädchen mit der Anzeige dafür gerächt hatte, dass der junge Mann nichts von ihr gewollt hatte. In einem dritten Fall war die hübsche Shaila N. nach einem «One-Night Stand» ziemlich betrunken von der Strasse abgekommen. Der Polizei gab sie an, sie sei

möglicherweise unter Drogen gesetzt worden. Es sei in der Nacht auch zu sexuellen Handlungen gekommen. Flugs wurde der ahnungslose Bettpartner wegen des Verdachts auf Schändung verhaftet. Auch hier stellte sich heraus, dass der Mann unschuldig war.

## Zweierlei Mass

Obwohl also Vorsicht geboten wäre, glauben die Medien den «Opfern» blind. Wenn Migranten hingegen in Schwimmbädern oder an Silvesterfeiern auf offener Strasse Jagd auf Frauen machen, schweigt man lieber. Und als kürzlich die Ereignisse rund um Rammstein in der Sendung «Hart aber fair» thematisiert wurden, machte sich der Moderator gar über ein Opfer von sexualisierter Migrantengewalt lustig: Dieses hatte berichtet, im öffentlichen Raum müsse sie oft Sprüche und Zurufe von Männern gefallen lassen. Dies meist in einer Sprache, die sie nicht einmal verstehe. Der Moderator fragte spöttisch: «Sprechen Sie kein Englisch?»

Für die echten Opfer ist das fatal: Unbewiesenen Anschuldigungen glaubt man blind, erwiesene Vorfälle schweigt man tot oder verharmlost sie.

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Roger Köppel sei der erfolgloseste Nationalrat, triumphiert die Sonntags-Zeitung. Nur deshalb, weil er sich nicht generell den Ja-Sagern unterzuordnen bereit ist. Dass er via Weltwoche, via tägliche Videobotschaften, via Vorträge usw. die politische Themensetzung stark beeinflusst, wird ausgeklammert. Wer die Themensetzung nicht den Eintopf-Medien überlässt, wird von den Eintopf-Medien zum Feind gestempelt.

\*

Frau Bundesrätin Viola Amherd versteht von Armee- und Verteidigungsfragen herzlich wenig. Ihr Ziel ist einzig, Frauen in hohe Positionen zu bringen – Kompetenz hin oder her. Mit einer am Bundesrat vorbeigeschmuggelten Kommission will sie die Armee neuerdings der Nato unterwerfen. Und im Rahmen der vorgesehenen Feier zu ihrer Inthronisation als Bundespräsidentin will sie die Steuerzahler um volle 350'000 Franken erleichtern. Welch aufschlussreicher Leistungsausweis! Ob das Parlament solch ungeschminkte, geradezu monarchistische Selbstinszenierung schlucken wird?

us

## Leserbriefe

### Der Irrweg der Cannabis-Legalisierung

Wegen der hohen Verfügbarkeit des rauschgift-haltigen Cannabis sind Schweizer Jugendliche zu unrühmlichen Kiff-Weltmeistern geworden. Sie verpassen immer mehr den Anschluss in Schule und Lehre und verbauen sich damit die Zukunft. Dies, weil die Mehrheit des nationalen Parlamentes verschiedene Beschlüsse gefasst hat, die eine Unterbindung des Cannabishandels und -konsums verunmöglichen: Den Anbau von CBD-Hanf erklärten sie als legal. Wegen des gleichen Aussehens und Duftes ist es für Polizei, Drogenfahnder, Juristen, Staatsanwälte sowie Verantwortliche in der Landwirtschaft unmöglich, das verbotene Cannabis vom erlaubten zu unterscheiden und zu unterbinden. Auch beim Beschluss, zehn Gramm Cannabis zum Eigengebrauch seien zu tolerieren, wurde ausser Acht gelassen, dass damit, je nach Höhe des THC-Gehalts (Rausch erzeugende Substanz im Cannabis), bis zu hundert Joints gedreht werden können. Damit hat die Cannabislobby ein weiteres Etappenziel erreicht, ohne dass die Schweizer Bevölkerung darüber entscheiden konnte. Deshalb braucht es die Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen (EgD)» ([www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)). Über eine Mitgliedschaft oder Spende würden wir uns freuen.

*Sabina Geissbühler-Strupler, ehrenamtliche Präsidentin von EgD, Herrenschwanden BE*

### Klima-Konfusion: Nachlese zum 18. Juni

Nach der mit Notrecht abgewickelten Pandemie-Hektik und der CS-Katastrophe sind wir am 18. Juni mit der Abstimmung zum «Klimaschutzgesetz» zwar wieder zur Demokratie zurückgekehrt – allerdings mit einer absurden Vorlage, die leider aufgrund von Schönrednereien («keine Verbote, sondern Anreize») angenommen wurde. Es ist zu hoffen, und die Befürworter sind beim Wort zu nehmen, dass es dabei bleibt. Tatsache ist: Niemand weiss, wie das Klima eigentlich «funktioniert». Dass wir nun unsere Natur mit Tausenden ineffizienten Windrädern und mit

## Ein diplomatischer Superman?



Nachdem Livia Leu als Chefunterhändlerin in Brüssel das Handtuch geworfen hat, ist mit Alexandre Fasel überraschend schnell ein Nachfolger ernannt worden. Dass die Aufgabe anspruchsvoll ist, zeigt sich u. a. darin, dass er innert neun Jahren bereits der sechste Chefunterhändler für das EU-Dossier ist. Ob Fasel mehr Erfolg hat als andere und sich gar zum «diplomatischen Superman» entwickelt, wird sich zeigen. Eines ist klar: Solange der Bundesrat keine überzeugende Verhandlungsstrategie mit Brüssel hat, ist jede Person auf diesem Posten zum Scheitern verurteilt. Eine Strategie ist gemäss Lexikon «ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels unter Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können». Dabei müssen unsere Unabhängigkeit, unsere direkte Demokratie und die integrale Neutralität selbstverständlich gewahrt bleiben.

Es rächt sich nun, dass Bundespräsident Parmelin, als er in Brüssel den Verhandlungsabbruch über das untaugliche Rahmenabkommen verkündete, den entscheidenden Satz nicht sagen durfte: «Die Schweiz ist bereit für weitere Verhandlungen. Als souveränes Land unterzeichnen wir aber keine Abkommen, welche uns verpflichten, EU-Recht automatisch zu übernehmen und den EU-Gerichtshof als oberste Instanz anzuerkennen.» Fazit: Bevor Herr Fasel nach Brüssel reist, muss die Strategie geklärt sein, sonst bleibt er besser zu Hause.

*Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin, Küsnacht ZH*

alpinen Fotovoltaik-Anlagen verschandeln sollen – statt sichere AKW zu fördern –, kann nur im Interesse jener sein, die sich die enormen Subventionen sichern wollen.

*Hanspeter Bornhauser, Bedano TI*

### Keine Zeit zum Träumen

Warum schreibt eigentlich keines der Massenmedien, was passiert, wenn nicht ein paar tausend Flüchtlinge, sondern 25'000, 50'000 oder mehr an der EU-Grenze stehen? Werden die Zäune elektrisch geladen, oder wird den Grenzwachtern befohlen zu schießen, wenn die Massen die Zäune niederreißen? Eine wahnsinnige, utopische Befürchtung? Jeder ehrliche Politiker oder Journalist kennt den Zuwachs an Menschen nur schon in Afrika (innert zwölf Tagen eine Million!). Oder gibt es Träumer, die glauben, der Lebensstandard dieser Menschen könne in den nächsten Jahren so verbessert werden, dass sie gar nicht mehr auswandern? Ich arbeite seit vielen Jahren in Nepal, Zimbabwe, Tansania und weiss, wovon ich rede.

*Guido Renggli, Baar ZG*



### «Schweizerzeit»-Special

**Fr. 69.– pro Monat** exkl. MWSt.  
**inkl. 300 Kopien und**  
**Vor-Ort-Garantie**

**A3-Farbkopierer, -Scanner,**  
**-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten,  
Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität,  
dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0,  
automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-  
Display, farbig

**3 Jahre Vor-Ort-Garantie**

**OCotex AG – 041 799 50 00**



## Glaubenskrieg am «Glaubenberg»



Als der berühmte polnische Roma-Clan «Goman» seine hochkriminelle Geschäftstätigkeit nach Bern ausweitete, legte die Gruppe dem Berner Einwohneramt ungültige Arbeitsverträge vor und brachte 16 Clan-Mitglieder in einer 1 ½ Zimmer-Wohnung illegal unter. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Fremdenpolizei heimgen seitens der Bevölkerung viel Lob ein, als sie die Clan-Mitglieder im Eiltempo auswiesen mit der Begründung: Wer sich der Schweizer Gesetzgebung widersetzt, hat kein Aufenthaltsrecht.

Zum «Glaubenskrieg» am Glaubenberg (OW): SP-Bundesrätin Baume-Schneider höchstpersönlich sah sich genötigt, zum Asylzentrum Glaubenberg zu pilgern, um hochaggressive Afghanen abzuhalten, weiter auf Kurden, wohnhaft im selben Asylantenheim, einzuprügeln. Vermuteter Grund der Angriffe: Die Kurden tragen aus afghanischer Sicht den politisch falschen «Stallgeruch». Hier tat einem Baume-Schneider fast leid: Überhäuft mit wichtigerer Arbeit, zwingt ihr eine Handvoll gewalttätiger ausländischer Fanatiker die Rolle des «Friedensengels» auf, in der sie voraussehbar ineffizient bleibt.

Zum Vorgeschehen: Die «Demokratische Gesellschaft der Kurden in der Schweiz» (CDK-S) hatte dem SEM gemeldet, dass kurdische von afghanischen Asylanten körperlich attackiert würden und vom SEM keine Hilfe gegen die prügelnden Afghanen erhalten hätten. Der kurdische CDK-S Co-Präsident Hüseyn Mamakli, 53, Nationalratskandidat der Grünen ZH, griff ein. Er war 1991 als Asylsuchender aus der Türkei eingereist, müsste also den Traditionszwist zwischen Kurden und Afghanen kennen. Erstaunlicherweise sagt er jedoch, er wisse nicht, warum sie sich bekämpften. In der Fragestunde des Nationalrats hat Baume-Schneider inzwischen die Krisenintervention der Polizei gelobt – zu Recht. Gemäss SEM musste die Polizei während der letzten fünf Monate fast täglich in Asylzentren des Bundes ausrücken. Nun verlegt man die «Kampfgruppen» der Kurden und Afghanen in getrennte Asylzentren. Wer zahlt den Umzug?

Im Zeitraffer: Sie holen ihren Zwist ins Gastland, zelebrieren ihren «Glaubenskrieg am Glaubenberg» mit Lust und brutaler Gewalt. Die Kosten aber werden dem Gastland aufgebürdet. Wäre es nicht an der Zeit, Remedur zu schaffen und diese Leute wegen Negierung unserer Gesetze auszuschaffen?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

## Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

**«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»**

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Wohnen in einem  
HIDEAWAY aus Holz für  
Körper, Geist und Seele



APPENZELLER HUUS  
A Lifestyle Wellness  
Community

2.5- bis 4.5-Zimmer-  
Eigentumswohnungen  
und Serviced Apartments als  
attraktive Anlagemöglichkeit  
im idyllischen Gonten im  
Appenzellerland

- Exklusivität bis ins Detail
- Mitnutzung eines 5-Sterne-Wellness-Bereichs
- Natürliche Bauweise aus lokalem Massivholz
- Traumhafte Lage nahe beim Golfplatz
- Neubauprojekt - Bezug ab Ende 2024 / Anfang 2025



appenzellerhuus-wohnen.ch  
verkauf@appenzeller-huus.ch  
+41 071 510 95 95

## Öffentliche Veranstaltung!



Christoph  
Blocher



Tell-Spiele



Musik

# «Mythos macht Mut»

Bundesfeier, 31. Juli 2023, 14 Uhr

Tellspielareal, Matten bei Interlaken

## Programm

- **Tellspiel** (Kurzversion)
- **Festansprache von alt Bundesrat Christoph Blocher**
- **Musikalisches Rahmenprogramm**

**Ab 16 Uhr gemütliches Zusammensein mit Verpflegungsmöglichkeiten**

Das Festgelände ist von 12 bis 19 Uhr geöffnet.

Anreise mit dem ÖV bis Bahnhof Interlaken Ost und dann Bus bis Haltestelle «Hotel Sonne» in Matten.

Anreise mit dem Auto: Gratisparkplätze beim Jungfrau-Park Interlaken «P expo» (Shuttlebus). Keine Parkmöglichkeiten beim Tellspielareal.

Die Veranstaltung ist rollstuhlgängig.

Eintritt frei – Kollekte



## Absurde Regeln für Politikfinanzierungen



Ab Herbst 2023 müssen Parteien, Kandidaten, Kampagnenführer und Spender auf Bundesebene ihre Bücher offenlegen. Dies gemäss dem Bundesgesetz über die politischen Rechte und der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung. Wahlkampfbudgets der Nationalratskandidaten ab 50'000 Franken und die Schlussrechnungen sind der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) einzureichen. Ständeratskandidaten haben vor den Wahlen keine Offenlegungspflicht; detaillierte Angaben über Zuwendungen ab 15'000 Franken und die Schlussrechnungen müssen sie hingegen dreissig Tage nach Amtsantritt einreichen.

Personen und politische Organisationen, deren Aufwendungen, einzeln oder gemeinsam, für eine eidgenössische Abstimmungskampagne 50'000 Franken betragen, sind ab März 2024 zur Offenlegung verpflichtet. Budgets, Buchhaltungs- und Bankauszüge pro Kandidat und Kampagne sowie die Schlussrechnungen sind spätestens 45 Tage vor, respektive 60 Tage nach der Wahl/Abstimmung der EFK einzureichen. Diese kontrolliert und publiziert die Angaben auf ihrer Webseite.

Politische Parteien und parteilose Mandatsträger müssen sämtliche Einnahmen sowie alle finanziellen und nicht finanziellen Zuwendungen über 15'000 Franken pro Zuwender und Kalenderjahr sowie die gesamten Beiträge aller Mandatsträger melden. Anonyme Spenden und solche aus dem Ausland sind verboten. Und es gelten weitere Auflagen. Es können Bussen gegen Gesetzesverstösse bis 40'000 Franken ausgesprochen werden. Im Kanton Zürich werden derzeit entsprechende kantonale Regeln in der vorberatenden Parlamentskommission Staat und Gemeinden (StGK) ausgearbeitet.

Basierend auf einer überwiesenen Parlamentarischen Initiative aus der Küche von SP, GLP, Grünen, EVP und AL sollen im Kanton Zürich noch strengere Regeln gelten: Über sämtliche Zuwendungen pro Jahr und Person ab 15'000 und Kampagnen ab 20'000 Franken soll lückenlos Rechenschaft abgelegt werden. Nur unentgeltliche Arbeits- und Sachleistungen unter 1'000 Franken sollen nicht meldepflichtig sein. Grüne und SP fordern zudem, dass Regeln für Politikfinanzierungen in Parlaments- und Versammlungsgemeinden (tiefe vierstellige Summen) ins kantonale Gesetz über die Politischen Rechte geschrieben werden. Geholfen hat dabei sicher auch nicht die Parteienfinanzierung durch die Flughafen AG.

Dieser Unsinn wird auch auf kantonaler (wie jetzt schon auf eidgenössischer) Ebene zur Folge haben, dass die Staatsmedien und grossen Medienkonzerne und Lokalmedien faktisch Kampagnenführungen übernehmen und noch verstärkt Meinung «machen». Wer die Medien kontrolliert – und das sind grösstenteils keine Bürgerlichen – kann oligopolistisch agieren. Gleiches gilt für Gewerkschaften, Konzerne, grössere Firmen und Verbände. Es kann das Credo gelten: «Kauf dir einen Politiker». Wie schon heute werden Parlamentarier (wohl noch vermehrt mit Hundert-Prozent-Pensen und auf Management-Ebene) «angestellt». Milizpolitiker und Parteisoldaten sterben auf kantonaler und kommunaler Ebene (s. geplante 1'000 Franken-Regel) aus. Mittelständische, bürgerliche (Firmen-) Spender leben in Angst vor Erpressung, Drohungen und Verlust von Aufträgen. Sie werden wenig oder überhaupt nicht mehr spenden.

Warum bürgerliche Parteien auf Bundesebene und nun auch im Kanton Zürich einer solchen Scharlatanerie aufsitzen konnten und können – statt diese neue Gesetzgebung rundum abzulehnen und dem Volksreferendum unterstellen – ist unbegreiflich.

*Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH*



GOAL GLOSSAR

Q Mobilisierung

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

**Mobilisierung**

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## «Vorläufig»

Die Asilmigranten wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hierbleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt; dauerhafter Aufenthalt in Europa ist quasi garantiert – soziale Hängematte inklusive. Das Bestreben links-grüner Kreise, «Sans Papiers» (also illegal Anwesende) zu legalisieren, verstärkt diese Sogwirkung. Ebenso ist die Bezeichnung «vorläufig aufgenommen» irreführend, denn die Wegweisung solcher Personen findet fast nie statt. Die meisten bleiben für immer hier – oft mit drastischen Auswirkungen auf die Sozialkosten und die öffentliche Sicherheit.

Der Bundesrat hat die Zahlen am 7. Juni veröffentlicht:

- In den vergangenen 20 Jahren wurden 100'690 Personen vorläufig aufgenommen.
- Die meisten – über 99 Prozent! – sind noch hier:
  - 31'214 Personen (31%) haben eine Aufenthaltsbewilligung (B),
  - 5'035 Personen (5%) haben eine Niederlassungsbewilligung (C),
  - 7'048 Personen (7%) wurden eingebürgert und können im Herbst an den National- und Ständeratswahlen teilnehmen,
  - 15'310 Personen sind nicht mehr statistisch erfasst (15%), weil niemand weiss, wo sie sind. Der Bundesrat geht davon aus, dass sie nicht mehr in der Schweiz sind. Ein illegaler Aufenthalt in unserem Land erscheint aber als ebenso wahrscheinlich.
  - 800 Personen wurde der Status F entzogen. Die vorläufige Aufnahme wurde also bei 0,8% der Fälle beendet.

Fazit: Wer in die Schweiz kommt, weiss, dass er hierbleiben darf. Entweder wird sein Asylgesuch angenommen oder er erhält eine vorläufige Aufnahme und hat so 99,2% Chancen auf einen langfristigen Aufenthalt in der Schweiz, eine Niederlassungsbewilligung oder gar den Schweizer Pass! Dies alles in der Regel auf Kosten der Steuerzahler.

(Nationalrat Gregor Rutz, DV SVP Schweiz, 01.07.2023)

## Verdreifachung

Im Kanton Bern haben wir bis vor zwei Jahren noch 10 Kollektivunterkünfte für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene und 5 Unterkünfte für unbegleitete Minderjährige betrieben. Heute sind es 30 Kollektivunterkünfte und 14 für Unbegleitete Minderjährige. Also eine Verdreifachung – und das innert nur zwei Jahren.

(Pierre Alain Schnegg, Regierungsrat BE, DV SVP Schweiz, 01.07.2023)

## Asyl-Chaos

Im Asylbereich herrscht das blanke Chaos. Niemand hat etwas dagegen, wirklich Verfolgten vorübergehend Schutz zu gewähren. Doch die meisten Asylbewerber sind keine Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes. Sie sind Asyltouristen, die unser System ausnützen.

Bezahlen muss das die Schweizer Bevölkerung. Für das laufende Jahr rechnet der Bund allein für das Asylwesen mit 4 Milliarden Franken Steuergeld! Für die Landwirtschaft geben wir 3,7 Milliarden aus, für die Armee 5,3 Milliarden. Während die Armee unser Land sicher macht, machen es die Asyltouristen unsicher – das ist der Unterschied. Die Asylanten haben eine x-fach höhere Kriminalität. Das beweist die Statistik.

Und das nicht nur bei sogenannten Bagatelldelikten. Nein, die Asylanten führen die traurige Hitparade auch bei schweren Verbrechen an: bei sexueller Belästigung, schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung, Tötungsdelikten oder sexuellen Handlungen mit Kindern.

Die Schlagzeilen reissen nicht ab: «Eritreer schlägt Frau und Teenager spitalreif», hiess es nach einem Vorfall in Zürich. «Zwei verletzte und fünf vorläufig festgenommene Eritreer – Grosseinsatz der Polizei nach Streit im Restaurant», hiess es nach einem Vorfall in Luzern. Das läuft schon lange so. «Ein 23-Jähriger vergewaltigt auf einer Zugfahrt eine am Laptop arbeitende Frau in einem leeren SBB-Speisewagen», berichtet die NZZ. Dieser «23-Jährige» ist ein einschlägig vorbestrafter, abgewiesener Asylbewerber aus Marokko.

Abgewiesen? Ja, Sie haben richtig gehört. Der Fall illustriert, wie krank und pervers unser Asylsystem ist: Obwohl der Mann vorbestraft war und obwohl sein Asylantrag abgewiesen wurde, durfte er in der Schweiz bleiben.

(Ständerat Marco Chiesa, SVP-Präsident, DV SVP Schweiz, 01.07.2023)



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

Bundesrat will Rahmenvertrag retten

# Auf Geheimpfaden zur EU-Unterwerfung?

von Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz

Der gut zwei Jahre zurückliegende Abbruch der Verhandlungen mit Brüssel erfolgte keineswegs, weil der Bundesrat den mit dem Rahmenvertrag verbundenen Souveränitätsverlust der Schweiz als unzumutbar einstufte.



*Der Abbruch der Verhandlungen erfolgte, weil wiederholte Umfragen dem Bundesrat die Aussichtslosigkeit des angestrebten Vertrags in der dafür notwendigen Referendumsabstimmung laufend bestätigten. Jetzt aber nimmt Bundesrat Cassis einen neuen Anlauf – mit neuem Verhandlungschef und voll auf Geheimpolitik setzend. Werner Gartenmann, Geschäftsführer von «Pro Schweiz», hat Nachforschungen zu den Plänen des*

*Departements Cassis angestellt und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:*

## Verlust unseres Stimmrechts droht!

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. Juni 2023 sogenannte Eckwerte für ein Verhandlungsmandat mit der EU-Kommission verabschiedet. ... Auffallend ist, dass er weder vom Verzicht von «Guillotineklauseln» noch ausdrücklich von der Rolle des EU-Gerichtshofes spricht.

Es ist offensichtlich, dass der Bundesrat um jeden Preis – nicht zuletzt auf Druck der EU-Turbos, der Verwaltungskader und der Wirtschaftsverbände – die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU vorbereitet. Die von der EU angeblich zugesagten Zugeständnisse betreffen lediglich Detailfragen und zeugen von wenig Respekt gegenüber der souveränen Schweiz.

Die überparteiliche Bewegung «Pro Schweiz» stellt nicht zuletzt aufgrund eigener Abklärungen in Bern und Brüssel fest: Die EU weicht von grundsätzlichen Positionen nicht ab:

- Der EU-Gerichtshof bleibt bei der Streitbeilegung abschliessende Entscheidungsbehörde, d. h. die fremden Richter bleiben.
- Die EU will die automatische Übernahme von neuem EU-Recht. Damit wird die direkte Demokratie faktisch ausgeschaltet, und die Schweiz übernimmt fremdes Recht.
- Die EU verlangt von der Schweiz ohne Gegenleistungen regelmässige Milliardenzahlungen («Kohäsionsbeiträge»).

- Die EU wird die Unionsbürgerrichtlinie nicht zuletzt mit dem Druckmittel «EU-Gerichtshof» durchsetzen. Damit werden Schweizerinnen und Schweizer EU-Personen gleichgestellt mit der Folge, dass der Zugang zu unseren Sozialversicherungen barrierefrei wird. Die Folge ist eine verstärkte Zuwanderung. ...

Die wesentlichen Problembereiche des 2021 gestoppten Rahmenabkommens bleiben also bestehen. Der Bundesrat versucht, die automatische Übernahme von neuem EU-Recht und die Unterstellung der Schweizer Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit unter den EU-Gerichtshof nicht mehr mit einem «Rahmen» über die Gesamtheit der Abkommen zu stützen, sondern in den einzelnen bilateralen Abkommen unterzubringen (vertikaler, sektorbezogener Ansatz). ...

Dies wiegt aus Sicht der Wahrung der Souveränität und der Demokratie schwer, weil zentrale Themen der Volkswirtschaft, der Landwirtschafts-, Verkehrs-, Energie-, Sozial-, Umwelt-, Gesundheits-, und Subventionspolitik betroffen sind. ...

Pro Schweiz verlangt vom Bundesrat, folgende rote Linien nicht zu überschreiten:

1. Keine automatische bzw. «dynamische» Übernahme von EU-Folgericht.
2. Keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung inklusive Referendumsrecht und Gerichtsbarkeit unter den Gerichtshof der EU.
3. Keine rechtlichen Verknüpfungen von Abkommen mit sogenannten «Guillotine-Klauseln».
4. Keine Verpflichtung, das Freihandelsabkommen von 1972 mit einer «Guillotine-Klausel» mit anderen Abkommenspaketen zu verknüpfen; keine verpflichtende Agenda, das Freihandelsabkommen zu «modernisieren», und keine Unterstellung des Abkommens unter einen institutionellen Rahmen.
5. Keine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie bei der Personenfreizügigkeit.

Pro Schweiz wird jedes Verhandlungsergebnis, welches gegen die aufgeführten roten Linien verstösst, verhindern.

Werner Gartenmann

Keine 10-Millionen-Schweiz!

# Warum eine «Nachhaltigkeits-Initiative»?

von Nationalrat Thomas Matter, Mitglied des Parteileitungsausschusses der SVP Schweiz, Meilen ZH

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU vor zwanzig Jahren sind eineinhalb Millionen Personen netto in die Schweiz eingewandert. Jedes Jahr kommen weitere rund 80'000 Personen neu in unser Land, was der Grössenordnung der Stadt Luzern oder St. Gallen entspricht. Allein im Jahr 2022 sind 188'000 Menschen in unser Land eingewandert, mehr Personen als die Stadt Basel Einwohner zählt.



Die Gründe sind folgende: Masseneinwanderung aus der EU als Folge des Personenfreizügigkeits-Abkommens mit der EU; stark zunehmende Asylzahlen, vor allem aus Afrika und dem Mittleren Osten; Kriegsvertriebene mit Aufenthaltsstatus S aus der Ukraine; der Familiennachzug infolge der Personenfreizügigkeit mit der EU, sowie die Einwanderung aus

Drittstaaten. Es droht demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Und dies auf der Fläche eines kleinen Landes, das obendrein nur zu einem Drittel bewohnbar ist.

Derweil kämpfen Schweizerinnen und Schweizer mit Wohnungsnot, Strommangel, Staus auf den Strassen, überfüllten Zügen und Bussen, einem stagnierenden Pro-Kopf-Einkommen, immer höheren Krankenkassenprämien, überlasteten Spitälern, defizitären und durch Ausländer überproportional belasteten Sozialwerken, Schulklassen mit oft nur noch zwei oder drei Kindern mit Schweizer Wurzeln, sowie mit einer hohen Ausländerkriminalität. Und sie kämpfen mit immer mehr Auslandabhängigkeit bei der Lebensmittelversorgung und auch immer mehr Druck auf unsere schöne Landschaft und Natur. Und von den angeblichen Fachkräften, die wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU ungehindert und unkontrolliert in die Schweiz einwandern, sind über die Hälfte nicht erwerbstätig, während von der anderen Hälfte viele nur Teilzeit arbeiten.

Diese ungesteuerte und ungebremste Zuwanderung ist nicht nachhaltig. Sie wird unsere Schweiz langsam zerstören, wenn wir dies nicht dringend ändern.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wenden sich seit längerem besorgt an uns und fordern, die SVP solle endlich etwas Konkretes gegen diese Entwicklung tun. Am 1. Juli hat die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz beschlossen, die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» zu lancieren.

Im Lead steht die SVP des Kantons Zürich, Unterstützung erhält sie aber von den Kantonalparteien und der Jungen SVP Schweiz.

Die Eckpunkte unserer «Nachhaltigkeits-Initiative» sind folgende:

- Die ständige Schweizer Wohnbevölkerung darf zehn Millionen bis 2050 keinesfalls überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die internationalen Verträge, die das Bevölkerungswachstum antreiben, kündigen. Dabei geht es insbesondere um einen allfälligen abgeschlossenen Uno-Migrationspakt und das Personenfreizügigkeits-Abkommen mit der EU.
- Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich.

Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist absolut nötig für den Schutz unserer Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen, die Gesundheitsversorgung, die Bildungseinrichtungen, die Stromversorgung, die Ernährungsversorgung, die Rettung der Sozialwerke usw. Unsere schöne Schweiz mit ihrer hohen Lebensqualität hat es nicht verdient, zu einem zweiten Hongkong zu werden!

Nach der offiziellen Lancierung der Initiative am vergangenen Dienstag können ab sofort alle stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer die Nachhaltigkeitsinitiative unterschreiben. Setzen auch Sie sich ein für eine nachhaltige und massvolle Einwanderung und unterschreiben Sie noch heute die eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»! Der Unterschriftenbogen liegt diesem Magazin bei.

Tragen wir Sorge zu unserer schönen Schweiz – vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

Thomas Matter

## Weitere Informationen unter:

Webseite: [www.nachhaltigkeitsinitiative.ch](http://www.nachhaltigkeitsinitiative.ch)

Twitter: [twitter.com/nachhaltigJA](https://twitter.com/nachhaltigJA)

Instagram: [instagram.com/nachhaltigkeitsinitiative](https://www.instagram.com/nachhaltigkeitsinitiative)

Facebook: [facebook.com/nachhaltigkeitsinitiativeJA](https://www.facebook.com/nachhaltigkeitsinitiativeJA)

## Greta Thunberg, die Antikapitalistin

Unzensuriert



Die schwedische Aktivistin Greta Thunberg, die fürs Klima streikte statt zur Schule zu gehen, sprengte 2019 die Grenzen dessen, was Minderjährige an politischen Plattformen erhalten. Sie sprach vor der Uno, traf Staatschefs und wurde vom Time-Magazine zur «Person of the year» gewählt.

Greta Thunberg ist heute volljährig, den Schulstreik hat sie beendet. Aktiv ist sie nach wie vor, aber nicht mehr omnipräsent in den Medien. Das mag daran liegen, dass fürs Klima demonstrierende Kinder und Jugendliche nicht mehr so aussergewöhnlich sind. Vielleicht stellt Greta Thunberg aber auch nicht mehr das politisch so unverdächtige Aushängeschild zum Klimaschutz wie 2019 dar. Gemäss mehreren Schätzungen wird ihr Vermögen auf eine Million Euro beziffert; auch mit Klimaschutz lässt sich offenbar Geld verdienen. Zu Thunbergs persönlichem Wohlstand beitragen dürften Erlöse aus ihrer Publikation «Das Klima-Buch». Dieses ist nicht nur erfolgreich (Spiegel-Bestseller), sondern auch radikal. Kapitalismus und Marktwirtschaft werden darin durchwegs als Übel dargestellt: «Kapitalistischem Konsumismus und Marktwirtschaft überwiegt die Verwaltung der einzigen bekannten Zivilisation im Universum zu

überlassen, wird sich rückblickend höchstwahrscheinlich als furchtbare Idee erweisen.» Oder: «Die Industrielle Revolution, angetrieben von Sklaverei und Kolonialisierung, brachte dem globalen Norden unvorstellbaren Reichtum, besonders einer kleinen Minderheit der dort lebenden Menschen. Diese extreme Ungerechtigkeit ist die Grundlage, auf der unsere moderne Gesellschaft aufgebaut ist.»

Solche Passagen könnten genauso einem sozialistischen Szene-Manifest entstammen. Die Kritik am Kapitalismus ist ebenso altbacken wie falsch. 1820 lag die Zahl der Menschen in extremer Armut weltweit bei rund 90 Prozent, heute liegt sie bei etwa neun Prozent. Ressourcenverbrauch in der kapitalistischen Welt hat damit zu tun, dass immer mehr Menschen am Wohlstand teilnehmen können. Just die kapitalistischen Gesellschaften sind es auch, die klimaverträgliche Technologien entwickeln: Kernenergie, Elektrofahrzeuge usw. Immerhin muss auch das Klima-Buch anerkennen, dass andere Gesellschaftssysteme keine besseren Lösungen hervorgebracht haben. Was aber taugt eine Vision, wenn sie nur aus Kritik besteht? Thunberg scheint in doktrinär linke Erklärungsmuster zu verfallen. Auch für ihre Kritik gilt mittlerweile: Alter roter Wein in neuen (grünen) Schläuchen.

Patrick Freudiger

## Nachhaltigkeits-Initiative

**Keine  
10-Millionen-  
Schweiz!**



## Jetzt Volksinitiative unterschreiben!



Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

- ✓ **JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung.**
- ✓ **JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.**
- ✓ **JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.**

Hier können Sie Unterschriftenbögen runterladen oder bestellen:

[www.nachhaltigkeitsinitiative.ch](http://www.nachhaltigkeitsinitiative.ch)  
[info@nachhaltigkeitsinitiative.ch](mailto:info@nachhaltigkeitsinitiative.ch)

Mit herzlichem Dank für Ihre Unterstützung!

Gigantische Müllberge als Hinterlassenschaft

# Das Märchen von der sauberen Windkraft

Birgit Stöger, Journalistin, Nachdruck aus «KOPP exklusiv» 18/23, leicht gekürzte Fassung

Die ideologisch vorangetriebene Windkraft verspricht den Bürgern eine umweltfreundliche energetische Zukunft. Dass es sich hier einmal mehr um ein grünes Märchen handelt, bestätigt die Bundesregierung nun selbst. Denn die Windräder bringen zu allem andern auch noch ein ungelöstes Müllproblem, da die riesigen Rotorblätter nicht rezyklierbar sind. Der Windradschrott wird zu einem gigantischen Umweltproblem und lässt das Lügengebäude «saubere Windkraft» immer weiter ins Wanken geraten.

Rund 31'730 Windradanlagen stehen laut aktuellen Statistiken des Bundesverbandes WindEnergie e.V. mittlerweile auf Deutschlands Äckern, Wiesen, in Wäldern und auf Hügeln, an Küstenstreifen und auf hoher See. Auf letztgenanntem Standort entfallen rund 2'280 sogenannte Offshore-Anlagen, sodass sich die überwältigende Anzahl der grünen Heilsbringer auf der Landfläche befindet. Nach dem Willen der angeblichen Umweltpartei müssen bis Ende 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie zur Nutzung bereitgestellt werden.

Zum Vergleich: Um die Stromproduktion eines einzigen Atomkraftwerks zu ersetzen, werden im Jahresmittel mindestens 1'250 neue Windräder benötigt.

## Die Windkraftype und ihre Kollateralschäden

Welche gesundheitlichen Probleme bei der vorangetriebenen Windkraft durch niederfrequente Geräuschbelastung, den sogenannten Infraschall, in Kauf genommen werden, wurde schon mehrfach thematisiert,

ebenso wie die unglaublichen Zahlen von sogenannten «Schlagopfern» im Tierreich. Sie werden achselzuckend unter Kollateralschäden verbucht.

Allein in den vier norddeutschen Bundesländern befanden sich laut aktuellen Studien im vergangenen Jahr mehr als 8'500 Mäusebussarde unter den Windradopfern. Das entspricht fast acht Prozent der gesamten Population in den betroffenen Gebieten. Hinzu kommen jedes Jahr allein in Deutschland 250'000 Fledermäuse an den gigantischen Rotoren der Anlagen zu Tode. Ebenfalls zeigt sich die Windenergie dafür verantwortlich, dass jeden Tag – von April bis Oktober – in Deutschland Milliarden Insekten an Windkraftanlagen getötet werden. Insgesamt summieren sich diese Verluste auf 1'200 Tonnen pro Jahr. Modellanalysen wie die des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) weisen darauf hin, dass täglich Milliarden Fluginsekten von Windkraftrotoren getötet werden und somit am Insektensterben einen massgeblichen Anteil haben, was geradewegs ins Biodiversitätsdesaster führt.



Visualisierung von Windkraftanlagen bei Ehrikon, Gemeinde Wildberg ZH



### Umweltfreundlich?

Die von der mächtigen links-grünen Klimaindustrie kolportierte Umweltfreundlichkeit von Windrädern wird durch neueste Erkenntnisse mittlerweile sogar in Windkraft-positiven Kreisen infrage gestellt. Windparks heizen nicht nur das regionale Klima auf und erhöhen das Risiko von Dürreperioden. Riesige Offshore-Anlagen verwirbeln zudem ungeheure Luftmengen und bremsen diese aus, sodass es zu veränderten Strömungen und Wärmeprofilen kommt. In den angeblichen «Klimaretter»-Anlagen selbst schlumert zudem das hochgefährliche Treibhausgas Schwefelhexafluorid, das 23'000 mal so stark wie die identische Menge des verteufelten CO<sub>2</sub> wirkt und bis zu seiner Zersetzung rund 3'000 Jahre lang in der Atmosphäre verbleibt.

### Landschaftszerstörende Stahl- und Stahlbeton-Giganten

Ebenfalls hinlänglich bekannt: Das landschaftszerstörende Potenzial dieses Windkraftwahns. Denn bei jedem Windrad wird eine ungeheure Materialschlacht geschlagen. Die Windkraftgiganten bestehen grösstenteils aus Stahl oder Stahlbeton. In den Ringgeneratoren einer einzigen Anlage sind mehr als 100 Kilometer Kupferdraht verbaut. Das Fundament einer 3-Megawatt-Anlage verschlingt rund 3'500 Tonnen Stahlbeton. Und die katastrophalen ökologischen Auswirkungen des Abbaus von seltenen Erden sind nicht mehr zu leugnen. Zudem besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Zerstörung tropischer Regenwälder und dem Bau von Windradrotoren: Für ein einziges 60 Meter langes Rotorblatt, für das rund 250 verschieden geformte Balsaholzteile verbaut werden, benötigt man rund 150 Bäume des tropischen Holzes.

### Von wegen «Recycling»

Was geschieht, wenn eine Windkraftanlage nach rund 20 bis 25 Jahren ausgedient hat, zurückgebaut und entsorgt werden muss? Schon 2025 wird rund ein Drittel der Anlagen nicht mehr wirtschaftlich Strom erzeugen können. Der Bundesverband WindEnergie ging im vergangenen Jahr bereits davon aus, dass mehr als 5'700 Altanlagen betroffen sein werden und demnächst in den Rückbau gehen werden. War es bei der ersten Generation der Windkraftanlagen noch möglich, diese mit Gewinn unter dem Schlagwort «Repowering» nach Osteuropa, Russland oder Nordafrika zu verkaufen, wo sie weiterbetrieben wurden, trifft dies auf die zweite Generation nicht mehr zu. Diese Windräder sind mittlerweile so komplex, dass sich ein Wiederaufbau für neue Abnehmer finanziell nicht mehr lohnt.

Bleiben also der Abriss und die damit verbundene Frage nach dem Recycling. Bei vielen der in einem Windrad verarbeiteten Stoffe ist das kein Problem. So kann der verbaute Stahl oder die Kupferleitungen wiederverwertet werden. Wirklich wirtschaftlich rentables Recycling funktioniert aber lediglich bei den Metallen. Die grosse Menge Altbeton wird zwar in der

Baubranche wiederverwendet, die Aufbereitung zu Recyclingbeton ist jedoch sehr aufwendig und energieintensiv. Auch für die in den Magneten der Generatoren verbauten seltenen Erden gibt es in Deutschland noch keine etablierten Recyclingverfahren.

### Hauptproblem Rotorblätter

Das wirklich massive Problem stellen indes die Rotorblätter dar. Denn diese bestehen zu knapp zwei Dritteln aus sogenannten Faserverbundstoffen. Diese Stoffe sind nur schwer voneinander zu trennen. Vor allem, weil CFK (Kunststoff) und GFK (glasfaserverstärkter Kunststoff) mitverarbeitet sind, die bei der Zerkleinerung gesundheitsschädliche Faserstäube freisetzen. Diese Art von Kunststoffen darf in Deutschland seit 2005 auf Mülldeponien nicht mehr beseitigt werden. Nachdem die Deponierung von GFK-Abfällen verboten ist und die energetische Verwertung, also die Verbrennung, nur eingeschränkt möglich ist, türmt sich zunehmend ein Sondermüllberg auf. Der dänische Windkraftanlagenhersteller Vestas erwartet, dass bis 2025 jährlich bis zu 25'000 Tonnen Rotorblätter als Plastikmüll anfallen werden. Nach Berechnungen des Öko-Instituts Darmstadt wird diese Menge in den kommenden Jahren auf 60'000 Tonnen und mehr pro Jahr ansteigen. Wohin also mit den alten Rotorblättern?

### Gigantisches Lügegebäude

Dafür interessierte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Malte Kaufmann und stellte der Bundesregierung eine entsprechende Anfrage. Die Antwort aus dem grün geführten Ministerium zeigt, welches gigantische Lügegebäude die Ideologen rund um die vermeintlich umweltfreundliche Windkraft aufgebaut haben. Denn die Antwort lautet: Das grüne Müllproblem ist vollkommen ungelöst. Die gewaltigen Rotorblätter aus faserverstärktem Kunststoff lassen sich schlicht nicht recyklieren. Tatsache ist, dass seit über 60 Jahren glasfaserverstärkter Kunststoff bei der Herstellung von Windkraftanlagen und speziell von Rotorblättern in Deutschland verbaut und unter der grünen Klimaherrschaft in Zukunft noch in einem weitaus grösseren Ausmass verbaut werden wird. Trotz des gigantischen Windkraftmüllbergs gibt es bis heute keine praktische Lösung für die Wiederaufarbeitung von glasfaser- und carbonfaserverstärkten Anlagenteilen.

Die angebliche grüne Umweltpartei und ihre Kostgänger aus den Reihen der mächtigen Windkraftlobby nehmen in Kauf, dass sich ein gigantisches Umweltproblem auftürmt. Einmal mehr gilt: Geht es um die ideologisch vorangetriebene Windkraft, haben die bei den Bürgern eingeforderten angeblich grünen Tugenden wie Umwelt- und Artenschutz, Abfallvermeidung und Wiederverwertung keinerlei Gültigkeit mehr. Immer deutlicher wird, um was für ein gigantisches Lügegebäude es sich bei der angeblich «sauberen Windkraft» wirklich handelt.

*Birgit Stöger*

## Gedanken zur (verfehlten) Agrarpolitik



Die Feldtage, beispielsweise die Obstbautage, zeigen es auf: Wie lange wollen wir uns noch selbst belügen? Wenn ich die jetzt in Kraft befindliche Agrarpolitik auf der Basis der Parlamentarischen Initiative 19'475 («Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren») und das damit verbundene PSB-System (Produktionssystembeiträge für Ackerkulturen) betrachte,

stelle ich fest: Schon in der Produktion produzieren wir zusätzlichen Abfall, was mit Nachhaltigkeit nichts zu tun hat. Und mit dem sogenannten Absenkpfad PSM (Pflanzenschutzmittel) erreichen wir sogar das Gegenteil, nämlich eine zusätzliche Mengenausdehnung von Pflanzenschutzmitteln. Die Zeit von kurativen Pflanzenschutzmitteln ist unter den heutigen klimatischen Bedingungen ein Auslaufmodell.

Die Zukunft heisst: Systemischer Absenkpfad – mit bald nur noch 150 Gramm pro ha und Spritzung und bedeutend längerer Wirkungsdauer. Aber die heutige Bewilligungspolitik durch das Bundesamt für Landwirtschaft verhindert die Zulassung von neuen,

modernen Wirkstoffen, die in der EU und weltweit schon seit Jahren im Einsatz sind.

Es mutet zynisch an. Da predigt ein (bald Ex-) Bundesrat Berset vor dem Sicherheitsrat der Uno in New York, wie wichtig in Zukunft eine möglichst hohe eigene Lebensmittelproduktion für jedes Land sei, und zu Hause in der Schweiz macht er mit seinem Departement das Gegenteil. Er behindert den systematischen Absenkpfad (und damit die effektive Reduktion von Pflanzenschutzmitteln) und damit eine zukunftsgerichtete inländische Nahrungsmittel-Produktion durch Innovationen. Schlimm dabei ist, dass wir in den eigenen Reihen Verbandsvertreter und Label-Vertreter sowie Politikerinnen und Politiker haben, die eine solche Agrarproduktion mittragen auf Kosten der zunehmend hungernden Weltbevölkerung. Diese Agrarpolitik ist nicht nachvollziehbar, zumal wir jetzt schon jede zweite Kalorie importieren.

Bei dieser Politik kommt mir folgendes in den Sinn: Da trafen sich eine Kuh und ein Esel. Da sagte die Kuh zum Esel: «In Indien wären wir heilige Kühe.» Da sagte der Esel zur Kuh: «Ja, und wir regieren jetzt in Bern.»

*Sepp Oetiker, alt Landwirt, Zunzgen BL*



Gesucht werden

## aktive Unterschriftensammlerinnen und Sammler!

**Engagieren Sie sich gerne für unsere direkte Demokratie? Sprechen Sie gerne mit anderen Menschen? Haben Sie Zeit und Lust, um sich noch etwas dazu zu verdienen?**

Dann sind Sie richtig bei uns! Wir suchen motivierte und interessierte Unterschriftensammler, welche auf der Strasse, an öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen oder von Tür zu Tür Unterschriften für Initiativen und Referenden sammeln. Sie bestimmen Ihren Einsatz selber!

Wir bezahlen Sie pro gesammelte Unterschrift – **je nach Auftrag ergibt dies ca. 30 bis 40 Franken pro Stunde.**

In einer kurzen Schulung vermitteln wir Ihnen das professionelle Sammel-Knowhow. Dann können Sie bei uns starten. Sammeln können Sie allein, im Team oder zusammen mit Ihren Freunden.

### Ihr Profil

- ✓ Kommunikative und offene Persönlichkeit
- ✓ Freundliches Auftreten
- ✓ Interesse für gesellschaftliche und politische Themen
- ✓ Gute mündliche Deutschkenntnisse

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann möchten wir Sie gerne kennenlernen!

**Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.**



**Sammelplatz  
Schweiz**

Sammelplatz Schweiz GmbH

Nicola Tinner, Partner

079 285 03 48

nicola.tinner@sammelplatz-schweiz.ch

PROTESTANTISCHER VEREIN  
KIRCHE UND GLAUBE  
SEKRETARIAT  
LAUBEGGSTRASSE 5  
CH-9220 BISCHOFZELL

Tel. 071 640 01 30  
Fax 071 640 01 31  
info@pvkg.ch / www.pvkg.ch



PROTESTANTISCHER  
VEREIN  
KIRCHE UND GLAUBE

# Einladung zur PVKG Klausurtagung 2023

Im Ländli, 6315 Oberägeri

**Freitagabend bis Sonntagmittag, 4. – 6. August 2023**

Der Protestantische Verein Kirche und Glaube PVKG lädt alle Mitglieder und Interessierten herzlich zur Klausurtagung ein. Unterkunft und Verpflegung mit Vollpension in Einer- und Zweierzimmer mit WC/DU.

## Tagungsthemen

### Freitag, 4. August 2023

Ab 16.00 Eintreffen und Empfang der Teilnehmer bei Kaffee und Gebäck.  
Anschliessend Orientierung über das Haus und seine Räume, Zimmerbezug.

18.00 Abendessen

20.00 Vortrag von Dr. Philipp Kruse, Rechtsanwalt, Oberrieden

**Bedrohung der Demokratie/  
Bedrohung der Gesundheit**

### Samstag, 5. August 2023

07.45 Besinnung zum neuen Tag, freiwillig, im Raum der Vorträge

08.00 Morgenessen

09.30 Dr. Lothar Gassmann, Pforzheim

**Die antichristliche grüne Ideologie**

12.15 Mittagessen

14.00 Dr. Lothar Gassmann, Pforzheim

**Angriff auf Kinder und Familie**

18.00 Abendessen

19.30 Dr. Axel Robert Göhring, Jena-Löbstedt

**Bombe im Alltag – Lithium die grosse Gefahr  
bei der Gewinnung, Verarbeitung und Anwendung  
für Batterien**

### Sonntag, 6. August 2023

07.45 Besinnung zum neuen Tag, freiwillig

08.30 Morgenessen  
Zimmer räumen

09.45 Gottesdienst und Abendmahl mit Dr. Roland Kleger

**Hoffnung in einer wirren Welt**

12.15 Mittagessen und Tagungsabschluss

## Tagungskosten inklusive Vollpension von Freitag bis Sonntag

Im Einerzimmer mit WC/Dusche CHF 181.– pro Zimmer/Nacht

Im Zweierzimmer mit WC/Dusche CHF 290.– pro Zimmer/Nacht

Referenten und Organisation der Tagung werden über Kollekten und Beiträge finanziert.



## Anmeldung zur Klausurtagung

Möglichst bald abschicken! Spätestens bis 20. Juli 2023

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Plz/Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Zimmer:  Einerzimmer  Zweierzimmer

Ort und Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Senden an:

**Protestantischer Verein  
Kirche und Glaube  
Laubeggstrasse 5  
CH-9220 Bischofszell**

## Die Migrationsbombe tickt



Gemäss den Kartellmedien «demonstrieren» Jugendliche in Frankreich gegen «Polizeigewalt». In Wahrheit bricht unser Nachbarsland unter der Last der falschen Migrationspolitik zusammen. Die Politik der offenen Grenzen mündet in bürgerkriegsähnliche Zustände. Der französische Staat hat die Kontrolle in den arabisch dominierten Vorstädten längst verloren. Zum Beispiel schrieb die Luzerner Zeitung im Oktober 2020: «Jugendbanden machen in der Banlieue Jagd auf Polizisten». Wir können nur erahnen, wie gefährlich die Polizeiarbeit in diesen verlorenen Gebieten ist. Die Polizei und die ansässige französische Bevölkerung müssen für die Politik der Gutmenschen blutig die Köpfe hinhalten. Szenen vom Zusammenbruch der Gesellschaft.

In den letzten Tagen haben arabischstämmige Jugendliche Stadtteile im ganzen Land verwüstet. Die Migranten plündern Geschäfte, brechen mit gestohlenen Autos die Türen von Einkaufszentren auf. Insgesamt haben sie bereits 700 Geschäfte zerstört. 40'000 Polizisten versuchen, Einhalt zu gebieten. Ausgangspunkt war die Erschiessung eines 17-jährigen Jugendlichen

## Hinter feindlichen Linien

algerischer Abstammung durch die Polizei. Er hatte bereits 15 Fälle in seiner Gerichtsakte. Es ging unter anderem um den Verkauf von Drogen und Hehlerei. Der Jugendliche war ohne Führerschein in einem Mercedes mit polnischem Kennzeichen unterwegs. Nach einer zwanzigminütigen Verfolgungsjagd widersetzte er sich der Polizeikontrolle. Dabei schoss der Polizist auf ihn. Es ist richtig, dass der Polizist in Untersuchungshaft sitzt. Die Polizei muss trotz widrigster Umstände höchsten Anforderungen gerecht werden.

Die gleiche Politik, die Frankreich an den Rand des Bürgerkriegs bringt, betreibt Mitte-Links auch bei uns. Offene Grenzen und Masseneinbürgerungen von nicht integrationsfähigen Migranten «bereichern» auch die Schweiz. Was Mitte-Links in der Ausländerpolitik treibt, ist brandgefährlich. Frankreich ist ein abschreckendes Beispiel, wohin die Politik der offenen Grenzen führt. In Lausanne gibt es bereits ähnliche Krawalle.

Am 22. Oktober finden die nationalen Wahlen statt. An diesem Tag können wir die tickende Migrationsbombe in der Schweiz entschärfen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

## «Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

**<<GOTT DER HERR HAT DIE PFLICHTEN ZUERST GESETZT. NACH DEN PFLICHTEN ERST KOMMEN DIE RECHTE. NACH DEM SÄEN KOMMT DAS ERNTEN.>>**

Diese Aussage stammt vom:

- A Berner Dichter Jeremias Gotthelf
- B Zürcher Dichter Gottfried Keller
- C von Hitler hingerichteten Theologen Dietrich Bonhoeffer
- D Basler Theologen Karl Barth

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 12. Juli 2023** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
E-Mail: [info@schweizerzeit.ch](mailto:info@schweizerzeit.ch)  
Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlier als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der Schweizerzeit Nr. 14 vom 21. Juli 2023.

**Wertebewusst Ja zur Schweiz**  
politagentur.ch  
Beratung - Werbung - Umsetzung

**Politagentur.ch GmbH**

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- Werbekampagnen von A bis Z
- Werbeplanung / Marketing-Mix
- Sammeln von Unterschriften
- Online-Kommunikation
- Social Media-Kampagnen
- Geschäftsführung
- Medienkompetenz
- Texten / Ghostwriting
- Layout / Grafik
- Webdesign

**Anian Liebrand**  
Inhaber und Geschäftsführer  
Tel. 079 810 11 91  
[info@politagentur.ch](mailto:info@politagentur.ch)

**David Trchsel**  
Projektleiter  
Tel. 076 567 00 36  
[trchsel@politagentur.ch](mailto:trchsel@politagentur.ch)

[www.politagentur.ch](http://www.politagentur.ch) | [www.polit-plattform.ch](http://www.polit-plattform.ch)

Wenn der Rechtsstaat verloren geht

# Scharia statt Landesrecht?

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

In Deutschland bekämpfen sich zurzeit ausländische Clans, sogenannte Grossfamilien, in aller Öffentlichkeit, wobei nicht nur mit den Fäusten aufeinander losgegangen wird. Messerattacken sind an der Tagesordnung, und es kommt auch vor, dass jemand vom gegnerischen Clan vorsätzlich mit dem Auto über den Haufen gefahren wird.



Wer jetzt nur an Schwerekriminalität wie Drogen- und Menschenhandel denkt, wo ebenfalls Clans ehemaliger Flüchtlinge deutschlandweit inzwischen das Sagen haben, liegt definitiv falsch. Aktuell lieferten sich in Essen (Nordrhein-Westfalen) während Tagen bis zu 200 Mitglieder einer kurdisch-libanesischen Grossfamilie mit Angehörigen einer syrisch-kurdischen Familie Strassenschlachten, weil ein paar Kinder beim Spielen in Streit geraten waren. Diese Clan-Kämpfe forderten unzählige Verletzte. Ein Syrer musste in lebensbedrohlichem Zustand ins Spital eingeliefert und dort unter Polizeischutz gestellt werden, weil die gegnerische Familie Rache schwor.

Die Polizei steht wegen solchen Auseinandersetzungen mit grossen Mannschaftsbeständen im Dauereinsatz, und andere, weitaus sinnvollere Einsätze können nicht mehr optimal oder dann nur zeitverzögert erledigt werden. Und jetzt erfolgt die «Erlösung» nicht durch ein konsequentes polizeiliches Vorgehen, sondern durch einen Imam, welcher offenbar mehr als die Polizei zu sagen hat. So soll es in einer Moschee im Ruhrgebiet zu einem Gespräch zwischen Vertretern der verfeindeten Familien gekommen sein, und informierte Kreise bestätigen, dass ein Imam als Friedensrichter fungierte.

## Brandgefährlich

Etliche werden jetzt sagen, dass dies ja eine gute Sache sei und dass die muslimischen Familien ihren Streit doch bitte in Eigenregie schlichten sollen. In Tat und Wahrheit ist das Gegenteil der Fall – und die Sache ist brandgefährlich. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Grossbritannien und Schweden agieren seit langem islamische Friedensrichter bei Streitigkeiten innerhalb der muslimischen Community. Dass dabei Parallelrecht gesprochen wird, indem strafrechtlich relevante Tatbestände an der offiziellen Strafverfolgung und Gerichtsbarkeit vorbeigeschmuggelt und nach den Regeln der Scharia beurteilt werden, sollte den Bürgern der betreffenden Länder höchste Sorge bereiten.

Im Fall Essen hat inzwischen der zuständige Staatsanwalt gegen 52 Beschuldigte Strafverfahren wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Eine Aussage, dass die Verfahrensführung schwierig sei, weil niemand bereit sei, Aussagen zu machen,

stimmt auch nicht gerade hoffnungsvoll. Vielleicht haben die Täter aber bereits bei ihrem Imam ausgesagt, und somit erübrigt sich für diese Leute das in weiten Teilen von der Scharia abweichende deutsche Strafrecht.

## Kriegsähnliche Zustände auch in Schwimmbädern

In vielen öffentlichen Schwimmbädern an Brennpunkten der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel in Berlin-Neukölln, wo die Hälfte der über 300'000 Bewohner einen Migrationshintergrund hat, herrschen während diesen heissen Tagen ebenfalls kriegsähnliche Zustände. Ganze Flüchtlingsgruppen gehen regelmässig aufeinander los, schlagen sich die Köpfe blutig, und junge Frauen laufen Gefahr, sexuell belästigt oder gar im Umkleide- und Duschbereich vergewaltigt zu werden. Vielen Familien mit kleinen Kindern bleibt nur noch die Flucht.

Schlussendlich stellt sich die Frage, wie islamische Friedensrichter agieren, wenn nur eine Partei muslimischen Glaubens ist und die Gegenseite einer anderen Religionsgemeinschaft angehört oder an gar nichts glaubt. Hat dann die muslimische Seite von vornherein einen Rechtsvorteil? Wir in der Schweiz müssen aufpassen, dass sich hierzulande nicht ähnliche Tendenzen breit machen, auch wenn Links-grün von einer verstärkten Zuwanderung schwärmt, um diesen Leuten so schnell wie möglich das Stimmrecht zu ermöglichen. Denn man möchte zusätzliches Wählerpotential gewinnen.

Markus Melzl

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2023: Fr. 30.–

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

Ein sicherer Wert

# Warum Silber und Gold kaufen?

Bruno Jordi, seit 30 Jahren Geschäftsführer der Druckerei Jordi AG in Belp BE, engagiert sich aus Überzeugung dafür, Geld in Werten anzulegen, die keiner «Entwertung» des Besitzes unterworfen sind. Im Schweizerzeit-Gespräch erklärt er, was ihn motiviert und wozu er rät.



*Sie beschäftigen sich seit Jahren mit dem Auftrag, als «Haushalter» Werte so anzulegen, dass sie sicher sind und sich vermehren. Wie sind Sie auf Silber und Gold gekommen?*

Schon lange verunsichert mich, dass die meisten Staaten seit Jahren verschuldet sind, und doch scheint immer genügend Geld da zu sein, um die Ausgaben noch massiver zu erhöhen. Die Covid-

Krise bestätigte den Trend. Es wird Geld aus dem Nichts gedruckt, einfach so viel wie nötig. Die wenigen Leute, die sich kritisch äussern, werden belächelt. Ich bin überzeugt: Das wird früher oder später zu einem Finanzcrash der Banken führen und den Weg dazu öffnen, eine neue Weltwährung zu schaffen. Auf Silber und Gold bin ich vor vier Jahren gekommen. Das Ersparte auf der Bank zu belassen, bedeutete für uns ein zu grosses Risiko. Darum haben wir es in Silber angelegt.

*Papiergeld bzw. die heutigen Währungen leben davon, dass man an sie glaubt. Ist das bei Gold und Silber nicht auch so? Wieso behalten sie ihren «Wert»?*

Seit Jahrtausenden gelten Silber und Gold als solide Zahlungsmittel, es sind halt reale edle Bodenschätze. Bis 1970 hatten die Länder Goldreserven, als Deckung des im Umlauf befindlichen Geldes. Präsident Nixon konnte sich wegen der massiven Verschuldung durch den Vietnamkrieg diese Absicherung nicht mehr leisten und hob die Goldbindung auf. Die Schweiz vollzog diesen Schritt 1999. Solange der Glaube an die Wertigkeit des Geldes nicht in Frage gestellt wird, funktioniert das «nicht gedeckte» System weiter. Vom Moment an, wo durch ein Ereignis Zweifel aufkommen, kann sehr rasch ein Dominoeffekt entstehen und zu einer Hyperinflation führen.

*Gold ist bekannt, Silber als Anlage weniger. Was spricht für Silber?*

Das Werteverhältnis von Silber zu Gold war über Jahrhunderte 1 zu 16. Heute ist das Verhältnis 1 zu 80, d.h. Silber ist stark unterbewertet. Eines Tages wird sich das Verhältnis ausgleichen, und der Silberkurs wird stärker steigen als Gold. Seit Urzeiten war Silber ein Zahlungsmittel für den Alltag, es wird in der Bibel immer vor dem Gold genannt. Zudem wurde der Privatbesitz von Gold in den letzten 100 Jahren in einzelnen Staaten viermal verboten!

*Ein guter Haushalter möchte 50'000 Franken sicher anlegen. Was empfehlen Sie ihm ganz konkret?*

Ich rate ihm, 1'000 Silbermünzen zu kaufen, ein Silbergranulat-Konto zu eröffnen und 1 Talent = 1'000 Unzen (31 kg Silber) einzuzahlen. Das Unternehmen BB-Wertmetall in Lenzburg hat sich auf diese Szenarien der Vermögensabsicherung mit Edelmetall spezialisiert.

*Sie helfen mit eljah gmbh ein Netzwerk von Firmen aufzubauen, bei denen man mit Silber kaufen und verkaufen kann. Wie sieht ein solches «Bartern», also Tauschen, konkret aus?*

Ich kaufe Lebensmittel oder benötige Handwerker. Die erbrachte Dienstleistung wird mir in Rechnung gestellt. Ich überweise online von meinem Silbergranulat-Konto auf das Silberkonto des Lieferanten. Die Transaktion wird den Beteiligten innert Sekunden per Mail bestätigt. Das motiviert mich, die Geschäftsleitung in Firmen zu gewinnen, ein S-Deposito-Silberkonto zu eröffnen. Und es funktioniert: Waschmaschine, Auto, Fenster, Lebensmittel, Bücher, Handwerker, Kleider. Aktuell machen schon 60 Betriebe mit.

Wer sich umfassender über dieses Thema informieren will, dem empfehle ich das Buch von Kurt Bühlmann «Krisenwirtschaft – Schlüssel zur Hilfe und Selbsthilfe». Ich gebe es gerne als Geschenk an Schweizerzeit-Leser weiter.

*Das Interview führte Ulrich Schliuer.*

## Churz & Bündig

Die Eintopf-Medien haben vor der Abstimmung im Einklang mit Bundesbern jedem «fake news» unterstellt, der nachgewiesen hat, dass die vom Volk schliesslich befürwortete Klimavorlage Mehrkosten bringen werde. Kaum ist die Abstimmung vorbei, wird klar, dass Bundesbern eine getarnte Benzinpreiserhöhung plant – getarnt, indem sie als Biotreibstoff-Förderung etikettiert wird. Sie wird den Benzinpreis um rund zwölf Rappen verteuern. Als die internationale Lage Treibstoffpreise explodieren liess, schlug Bundesbern Alarm – angeblich in Sorge um Industrie, Gewerbe und Bevölkerung. Jetzt normalisiert sich der Preis wieder auf tieferem Niveau. Was tut Bundesbern? Es will die im Markt stattfindende Verbilligung – in Wahrheit Preis-Normalisierung – in die Bundeskasse ableiten: Funktionärsherrschaft lässt Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich nie von Kostensenkung profitieren.

**eljah** werte bewahren



Silber und Gold als Münzen und Granulat

## Damit Ihr Erspartes den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Bereits einige Banken wanken. Durch das erhöhte Schöpfen von neuem Geld steigen die Inflationsraten Monat für Monat. Wie lange kann sich der Franken noch halten? Höchste Zeit auf wahre Werte zu setzen, die seit Jahrtausenden bestehen. Als Vermittler helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto zu eröffnen und Münzen zu bestellen.

Ihr  
Geschenk



**Bruno Jordi**  
079 651 92 74  
eljah.ch  
jordi.b@bluewin.ch



## Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Er ist schon als initiativer Präsident der Jungen SVP Kanton Luzern und der JSVP Schweiz und seither als versierter Kämpfer für eine souveräne Schweiz, für gesunde Familien und für christliche Werte aufgefallen. Im Widerstreit mit Linksideologen und Heimatmüden läuft er zur Hochform auf.

### Anian Liebrand (Anian\_Liebrand@hotmail.com)



Anian Thomas Liebrand, am 12. Juli 1989 als Ältester von drei Kindern in Fribourg geboren, wächst in Beromünster in einem behüteten Familienumfeld auf. «Mein Heimatort ist jedoch Oberwil BL, wo mein Vater aufgewachsen ist. Mein Grossvater mütterlicherseits stammte aus bescheidenen Verhältnissen in Vättis SG im Taminatal. In Vättis ist auch mein seltener Vorname Anian speziell verbreitet; beispielsweise ist die örtliche Pfarrkirche St. Anian dem heiligen Anian, Bischof von Orléans (390–453), geweiht. Meiner Mutter hat dieser Name so sehr gefallen, dass ich so getauft wurde.»

Der junge Anian spielt gerne Fussball; schon früh interessiert er sich auch für Geschichte und Geografie und vertieft sich stundenlang in Bücher. Nach der Primarschule wechselt er 2002 an die Kantonsschule (Lanzzeitgymnasium) Beromünster. In dieser Zeit wird sein politisches Interesse immer grösser, und seine Freunde stehen grösstenteils «rechts». «Wir hatten gewisse Probleme mit jungen Migranten aus Ex-Jugoslawien und mit linken Sozialpädagogen im Jugendtreff. Aus Protest zogen wir uns rote T-Shirts mit dem Schweizerkreuz an. Ich begann, die «Arena» im Schweizer Fernsehen zu schauen und war begeistert von den starken Auftritten der aus heutiger Sicht «alten SVP-Haudegen» Christoph Blocher, Hans Fehr, Ueli Schlürer und Toni Bortoluzzi. Das wollte ich auch können!»

Trotz guter Noten hat Anian Liebrand nach drei Jahren Kantonsschule «den Verleider». Er will etwas Praxisnahes machen, und im Sommer 2005 wechselt er nach Luzern an die Wirtschaftsmittelschule. Die Ausbildung besteht aus einer dreijährigen Schulzeit und einem Praxisjahr in der Privatwirtschaft. Letzteres absolviert er beim Touring Club Schweiz (TCS) in Luzern und schliesst 2009 mit der kaufmännischen Berufsmatura ab.

### Politisch durchstarten

«Trotz vielversprechenden Perspektiven, u. a. einem attraktiven Angebot einer renommierten Bank, spürte ich innerlich, dass ich dies nicht wollte. Vielmehr wollte ich politisch «richtig durchstarten», und 2005, mit 16 Jahren, bin ich der Jungen SVP beigetreten. Ich vertiefte mich in Themen, wurde in den Vorstand gewählt, machte Basisarbeit und lernte neue Leute kennen. Einer meiner grössten Förderer war der damalige Parteisekretär der SVP Kanton Luzern. Bald durfte ich für die SVP einen kantonalen Abstimmungskampf leiten – ein Referendum gegen einen Beitrag von 20 Millionen, den der Kanton an die unsinnige Fusion von Luzern mit der Gemeinde Littau hätte zahlen sollen. Zu unserer Überraschung haben wir die Abstimmung mit rund 60 Prozent Nein-Stimmen gewonnen.»

Danach kommt der Jungpolitiker Liebrand so richtig in Fahrt. Mit der Jungen SVP ergreift er das Referendum gegen den Beitritt Luzerns zum «HarmoS-Konkordat», welches u. a. zur Schulpflicht für Vierjährige geführt hätte. Auch diese Abstimmung verläuft erfolgreich, und Liebrand wird in der «Weltwoche» und der «NZZ am Sonntag» als Junger portraitiert, der massgeblich mitgeholfen habe, der Bildungs-Reformitis einen Dämpfer zu versetzen. 2009 wird er zum Präsidenten der Jungen SVP Kanton Luzern gewählt, und mit verschiedenen Projekten wird er kantonsweit und national bekannt.

Nach weiteren erfolgreichen politischen Aktionen startet Anian Liebrand 2010 mit einigen Freunden erste Versuche in der Selbständigkeit. Er lanciert ein eigenes Online-Medium, um das aufs Tapet zu bringen, «was andere verschweigen». Nach ersten positiven Erfahrungen ergibt sich jedoch eine neue Situation: 2011 stirbt der Parteisekretär der SVP Kanton Luzern überraschend. Anian übernimmt mit erst 22 Jahren dieses verantwortungsvolle Amt in einem 50 Prozent-Pensum. Daneben arbeitet er bei einer Krankenversicherung. Erneut wird er ins kalte Wasser geworfen und lernt schwimmen! Die Zusammenarbeit mit Kantonalpräsident Josef (Seppi) Kunz, einem Urgestein, ist sehr positiv. 2012 wird Franz Grüter, bis anhin erfolgreicher IT-Unternehmer, neuer Präsident. Auch mit ihm funktioniert die Zusammenarbeit bestens, und es folgen Jahre des kontinuierlichen Aufbaus: «Wir konnten etliche neue Ortsparteien gründen; bei den Nationalratswahlen 2015 wurde die SVP im Kanton Luzern erstmals stärkste Partei, und Franz Grüter wurde auf Anhieb in den Nationalrat gewählt.»



## Anian Liebrand, wie er lebt und lebt

- Zur Armee bin ich positiv eingestellt; ich habe die RS als Übermittlungssoldat in Kloten absolviert und alle meine Dienste geleistet. Auf's «Weitermachen» habe ich jedoch aufgrund verschiedener Umstände verzichtet.
- Mein politischer Schwerpunkt ist der Kampf für möglichst viel persönliche Freiheit. Ein Herzensanliegen ist mir auch der Einsatz für die Wiedererlangung der Souveränität in Einwanderungsfragen. Die Schweiz darf wegen der Einwanderungsflut nicht immer mehr ihre «Seele» verlieren.
- Ich lege Wert auf Bescheidenheit und hatte es noch nie nötig, anzugeben oder zu «ellbögen». Lieber lasse ich Taten sprechen.
- Beharrlichkeit und Leistungsdenken sind mir sehr wichtig. Ich bin nie ganz mit mir zufrieden und will mich laufend verbessern.
- Seit 2013 bin ich in glücklicher Partnerschaft mit Fabienne, der Liebe meines Lebens. Wir haben schon einige Stürme gemeinsam gemeistert, und sie hat mir immer bewiesen, dass ich mich auf sie verlassen kann.
- Meine Freizeit verbringe ich gerne mit Ausflügen, dem Besuch von Festivals oder in den Ferien mit Fabienne. Weitere Hobbies sind Geschichte, Wandern, Lektüre, feines Essen, gute Filme und das Zusammensein mit Familie und Freunden.

### Ein widerstandsfähiges «Schlachtrössli»

Liebrand sieht nach einigen Jahren «im Hintergrund» die Zeit gekommen für eine Veränderung. 2014 kandidiert er als Nachfolger von Erich Hess als Präsident der Jungen SVP Schweiz, ein Amt das ihn voll beanspruchen wird – und er wird einstimmig gewählt. «Bald darauf bekam ich zu spüren, dass man in der Funktion eines schweizerischen JSVP-Präsidenten unter besonderer Beobachtung steht. Weil ich vor Jahren einmal einen Vortrag mit dem Publizisten Jürgen Elsässer und einem mittlerweile verstorbenen Blogger durchgeführt hatte, der sich irgendwo antisemitisch geäussert gehabt haben soll, verunglimpften mich die Medien mit der Schlagzeile «Jung-SVPLer mit Nähe zu Verschwörungstheoretikern», und ich erlebte, wie hinterhältig der nationale Politbetrieb mitunter ticken kann.»

Geschadet haben ihm solche Angriffe längerfristig aber nicht. Vielmehr erlangt er den Ruf eines widerstandsfähigen «Schlachtrössli», das so schnell nichts umhaut. Der JSVP-Vorstand arbeitet perfekt, und der grosse Einsatz wird belohnt: Bei den nationalen Wahlen 2015 erreicht die Junge SVP Schweiz das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte!

«Natürlich musste mit der Zeit auch ich erfahren, dass in der Politik und gerade in den Parteien auch viel Neid, Missgunst und Intrigen am Werk sein können. Gegen diesen Parteien-Zirkus entwickelte ich mit der Zeit eine



Anian und Fabienne in Ferienlaune

gewisse Abneigung. Und ich beschloss, mich nach über zehn Jahren an vorderster Front auf neue Betätigungsfelder zu konzentrieren. 2015 trat ich eine Anstellung bei der Schweizerzeit an. Verlagsleiter Dr. Ulrich Schlüer ist für mich immer ein Leuchtturm des konservativen Lagers gewesen. So war es für mich eine grosse Ehre, mit ihm über Jahre eng zusammenarbeiten zu können. 2018 habe ich mich dann neu orientiert und zuerst zwei Jahre mit einem Geschäftspartner im Marketing für KMUs, aber auch politischen Akteuren gewirkt.»

### Ein Traum geht in Erfüllung

Mit der Gründung der Politagentur.ch GmbH im August 2020 erfüllt sich Anian Liebrand einen Traum: Er kann fortan hauptberuflich die gesellschaftlichen und politischen Geschehnisse der Schweiz mitgestalten. In kurzer Zeit etabliert sich die Politagentur als Dienstleistungsunternehmen für Kampagnen, Webdesign, Social Media und Kommunikation, wobei Tätigkeiten mit Bezug zur Politik einen Grossteil ausmachen. Auch KMU, vor allem im Bereich Webdesign, und christliche Organisationen (Geschäftsführung, Werbung) sind ein wichtiger Teil des Kundenstamms. Christliche Werte, Gottvertrauen und Zuversicht sind Anian Liebrand sehr wichtig. Von ihnen lässt er sich leiten – sowohl privat als auch beruflich. «Ich versuche mein Handeln stets nach diesem Kompass auszurichten.» Seit 2018 amtiert er auch als politischer Mitarbeiter der EDU Schweiz und seit 2022 als Redaktionsleiter des «EDU-Standpunkts».

Heute zählt die Politagentur.ch GmbH im luzernischen Wolhusen neben Liebrand als Geschäftsführer vier Teilzeitangestellte. Die Firma übt mehrere grössere Mandate aus und ist im aktuellen Wahljahr 2023 auch politisch sehr aktiv. *Die Schweizerzeit wünscht weiterhin viel Erfolg!*

Hans Fehr

## Die Schweizerzeit-Agenda

Freitag, 6. Oktober 2023

### Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Mülhausen – Basel – St. Jakob an der Birs – Birr AG

Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg

Veranstalterin: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH



## Die Zuger Landammann-Affäre

Eine Recherche

**Michèle Binswanger**

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50



## Die grössten Schlachten der Geschichte

Entscheidungen in Europa von Salamis bis zu den Ardennen

**Klaus-Jürgen Bremm**

Schlachten haben nun einmal den Gang der Weltgeschichte wesentlich beeinflusst: Salamis, Alesia, Mantzikert, Trafalgar, Waterloo, Königgrätz, Ardennen und andere: Stätten, wo die Weltgeschichte in neue Richtung gewiesen wurde. In einem neuen Buch in ihrem Zusammenhang dargestellt.

Wiss. Buchgesellschaft/Theiss, 304 S., Grossformat, reich., ill., (Richtpreis Fr. 52.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 47.25

## AKTUELL



## Die Abrechnung

Das einzige Buch, das Ihr Erspartes vor Umverteilung und Krisen rettet

**Matthias Weik**

Aufgrund umfassender Faktenkenntnis schildert der Autor den Abstieg des Wirtschaftsstandorts Deutschland mit all seinen verheerenden Folgen auf Bürgerinnen und Bürger. Weshalb befindet sich Deutschlands Automobilindustrie auf absteigendem Ast? Weshalb versinkt Deutschlands Infrastruktur im Desaster? Eine Warnung auch an die Schweiz.

Ariston, München 2023, 363 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 29.60

## Büchertisch



## Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

**Michael Brückner**

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – mit einem Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



## 1938 – Rommel in der Schweiz

Mit Merkpunkten und Besonderheiten aus dem Lebensweg des Soldatengenerals

**Vincenz Oertle**

Generalfeldmarschall Rommel, war im Zweiten Weltkrieg eine herausragende Führungsgestalt. Er wurde, weil von Hitler als Verbündeter des Stauffenberg-Attentats eingeschätzt, schliesslich in den Selbstmord getrieben. 1938 hielt er auf Einladung der Offiziersgesellschaft mehrere Vorträge in der Schweiz. Darüber berichtet dieses Buch.

Appenzeller Verlag, 2017, 163 S., ill., (Richtpreis Fr. 29.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10



## Demnächst ohne Auto

Warum unsere Mobilität ohne eigene vier Räder nicht möglich, nicht ökologischer und nicht bezahlbar wäre

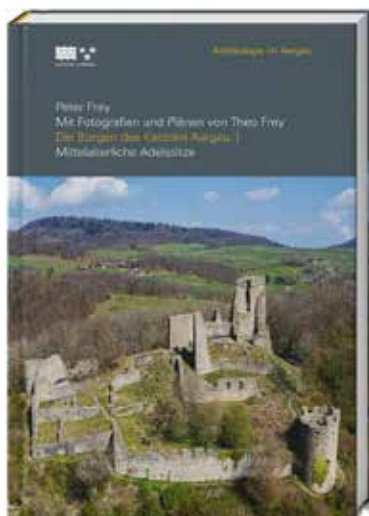
**Oswald Metzger**

Ein Buch, das der oberflächlichen Pauschalkritik am Individualverkehr Paroli bietet. Es dokumentiert eindrücklich, was mit der Menschheit geschieht, wenn grün-rote Autoverbots-Apostel die Macht im Staat an sich reissen.

Finanzbuchverlag, München 2019, 315 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 35.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.95

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

## HEIMAT



### Die Burgen des Kantons Aargau

Mit Fotografien und Plänen der mittelalterlichen Adelssitze

**Peter Frey / Theo Frey**

Zu einer nationalen Buchreihe über Ausflüge zu historischen Stätten der Schweizer Kantone ist soeben der Aargauer Band erschienen: Eine umfassende Vorstellung der Burgen

und Burgruinen im Kanton Aargau. Sämtliche porträtierten Anlagen werden mittels Bildern und Plänen ausführlich vor- und in den geschichtlichen Zusammenhang gestellt.

Ein Buch, das zu interessanten Entdeckungen im Kanton Aargau einlädt.

Librum / Kantonsarchäologie Aargau, Brugg / Basel 2023, 261 S., Grossformat, reich ill., (Richtpreis Fr. 48.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 43.65

## BUCHZEICHEN



### Die Psychologie des Totalitarismus

**Mattias Desmet**

Totalitarismus ist nach Meinung des Autors dieser Neuerscheinung nicht einfach ein aus dem Nichts entstehendes «Naturereignis». Für Totalitarismus anfällig seien insbesondere Menschen ohne soziale Bindungen, die ihrem Leben nicht echten Sinn

abzugewinnen vermögen.

Sowohl Regierungspropagandisten als auch Massenmedien könnten solche Stimmungen der Unzufriedenheit ausnutzen und kanalisieren, die Privatsphäre des Individuums zunehmend mit Füßen tretend. Eine Angstkultur, wie sie während der Covid-Pandemie einen Höhepunkt erreichte, würde auf solch diffussem Fundament besonders gut gedeihen.

Ein Buch, dessen Studium sich lohnt. Auch wenn man nicht mit all seinen Schlussfolgerungen übereinstimmt.

Europaverlag, München 2023 (Pelckman/B 2022), 270 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

## Bestellschein

## Schweizerzeit

## Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
- Klaus Jürgen Bremm – Die grössten ... **à Fr. 47.25**

## Aktuell

- Matthias Weik – Die Abrechnung **à Fr. 29.60**
- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld **à Fr. 25.10**
- Vincenz Oertle – 1938 – Rommel in der ... **à Fr. 26.10**
- Oswald Metzger – Demnächst ohne Auto **à Fr. 31.95**

## Schweiz

- P. Frey/T. Frey – Die Burgen des Kantons ... **à Fr. 43.65**

## Buchzeichen

- Mattias Desmet – Die Psychologie des ... **à Fr. 29.60**

## Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(13/07.07.2023)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



# SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige  
liberal-konservative Radio für den  
deutschsprachigen Raum

**Auch die Schweizerzeit ist dabei!**

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen  
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

**[www.kontrafunk.radio](http://www.kontrafunk.radio)**

oder in der App

# KONTRA FUNK



**.radio**  
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit  
erscheint am

**21. Juli 2023**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Veranstaltungen:** Elisabeth Liebi

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,  
Isabel Villalon

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Finanzen, Organisation:** Cornelia Rick

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Immobilien-Boom

Zwanzig Jahre am Stück sind die Immobilienpreise in der Schweiz gestiegen. Jahr für Jahr. Auch wenn nun überall die Rede davon ist, dass sich der Boom wegen steigender Zinsen dem Ende zuneigt – zu einer allzu grossen Entspannung wird es nicht kommen. Solange die massive Zuwanderung ungebremst weiter geht, wird die Nachfrage nach Mietobjekten und Wohneigentum nicht sinken (können) – so einfach ist das. Und solange die Nachfrage immer mehr zunimmt und die gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. revidiertes Raumplanungsgesetz) die Schaffung von neuem Angebot stark einschränkt, werden die Preise mittelfristig nicht spürbar unter Druck geraten.

Es zeichnet sich leider ab, dass sich so schnell nichts am traurigen Umstand ändert, dass sich junge Familien in der Schweiz kaum mehr Wohneigentum leisten können – selbst wenn sie überdurchschnittlich gut verdienen und beide Partner arbeiten. Was heutzutage selbst für bescheidene Einfamilienhäuser hingebblättert werden muss, sprengt längst jedes vernünftige Mass. Es ist ein Armutszeugnis, dass unser Staat die eigene Jugend in der Verwirklichung ihrer Träume derart im Stich lässt. Statt einer Willkommenskultur für hart arbeitende Einheimische, die im Land ihrer Vorfahren Wurzeln schlagen wollen, betreiben Bundesrat und Parlament eine Willkommenskultur

für Masseneinwanderung, Asyl-Industrie und Staatsprofiteure.

Als ich in den 1990er-Jahren in einer Landgemeinde aufgewachsen bin, besaßen die meisten Eltern von Kindern in unserer Schulklasse ein eigenes Häuschen oder zumindest eine Eigentumswohnung. Sie waren nicht etwa «ultravermögend», nein. Das war noch eine Zeit, als Handwerker, kaufmännische Angestellte oder Polizisten mit normalem Einkommen Wohneigentum erwerben konnten. Heute – nach 15 Jahren voller Personenfreizügigkeit – ist die Realität leider eine ganz andere. Die Bevölkerungszahl ist zwar regelrecht explodiert, der individuelle Wohlstand, das Bruttoinlandprodukt oder die Netto-Kaufkraft haben jedoch stagniert. Wer profitiert wirklich von der unkontrollierten Masseneinwanderung? Der normale Schweizer (und auch gut integrierte Ausländer, die schon lange hier leben) jedenfalls nicht.

Kriegen wir es wieder hin, dass die Wohneigentums-Quote in der Schweiz steigt und sich endlich wieder mehr Junge Wohneigentum leisten können? Auch in dieser Angelegenheit gilt: An der Begrenzung der masslosen Zuwanderung führt kein Weg vorbei.

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt